

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 19. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis per Nummer 10 Pf. monatlich 3,00 Mk., monatlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Zeile: gelbe oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Berufungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Halle kontra Frankfurt.

In Halle und in Frankfurt haben am Donnerstagabend große Massenversammlungen stattgefunden, die heftigen Protest gegen die Polizeibrutalitäten des Sonntags erhoben. In Halle ist es nach der Versammlung zu keinerlei Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, obgleich 10000 Mann versammelt waren und die Polizei „umfangreiche Maßnahmen“ getroffen hatte. Ein Beweis dafür, daß selbst bei der gespanntesten Situation, die in Halle nach den Blutereignissen des Sonntags besteht, nach der furchtbaren Verletzung der Arbeiterschaft und ihrer starken Erregung gegen die Polizei keinerlei Störung der Ordnung, keinerlei Beeinträchtigung der Sicherheit und des Verkehrs stattfindet, wenn die Polizei sich einigermaßen vernünftig verhält.

Frankfurt ist dafür der negative Beweis. Dort ist es abermals zu Polizeiatacken gekommen, die noch schlimmer waren, als die des Sonntags. Säbel und Revolver sind in Tätigkeit getreten, mehrere hundert Personen sind verletzt, sieben schwer; zum Teil lebensgefährliche Verwundete sind zu beklagen, und auch in den Reihen der Polizei sind über zwanzig mehr oder minder Verletzte zu verzeichnen.

Ob sich dabei später, wie bürgerliche Blätter meinen, Elemente eingemischt haben, denen es nicht um eine friedliche Demonstration gegen Wahlrecht und Polizeibrutalität zu tun war, sondern die es darauf abgesehen hatten, an der Polizei ihr Mühen zu versuchen, das hat bei der Beurteilung des Vorgehens der Polizei an sich keine Rolle zu spielen. Solche Leute hätten keine Gelegenheit gehabt, vorzugehen, wenn die Polizei die Demonstranten ruhig hätte ziehen lassen. Uebrigens ist es keineswegs gesagt, daß jene, die sich zu Gewalttätigkeiten gegen die Polizei haben hinreißend lassen, zur Faust der Justiz zu rechnen sind. Wenn die Polizei in der Weise, wie sie es in Frankfurt getan hat, sich gegen friedliches Publikum verhält, so ist es schließlich nicht gar so verwunderlich, wenn sie damit bei leidenschaftlichen, weniger disziplinierten Naturen Gewalttätigkeiten auslöst. Die Verantwortung dafür fällt ausschließlich der Polizei zur Last — die Arbeiterschaft will keine Kämpfe mit der Polizei und hat mit etwaigen von der Polizei selbst provozierten Taten einzelner nichts zu tun!

Wie sehr die Frankfurter Polizei die Schuldigen an den blutigen Vorfällen ist, das beweist bürgerliches Zeugnis, das beweist die unten zitierte Auslassung der bürgerlichen „Frankfurter Zeitung“, die an Schärfe und Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig läßt!

Das Blut, das in den Straßen von Frankfurt geflossen ist, kommt aufs Haupt der Polizei und ihrer Auftraggeber, kommt aufs Haupt der preussischen Junker und ihrer Regierung, die den Schrei nach dem freien Wahlrecht erklieden möchten. Das Blut, das in der Nacht zum Freitag das Pflaster färbte, brauchte nicht zu fließen, wenn die Polizei nicht statt ein Werkzeug zur Sicherung der Sicherheit, ein Werkzeug zur Unterdrückung von Volksbewegungen sein sollte! Der friedliche Verlauf der Donnerstags-Demonstration in Halle beweist es schlagend! Daran kann all die unverschämte Stimmungsmache der Polizei, für die sich die Mehrheit der bürgerlichen Blätter unbefehlig hergibt, nichts ändern!

Und trotz allen Blutvergießens wird der Zweck der Reaktionsäre, die Unterdrückung der Bewegung gegen die Wahlreformulage, nicht erreicht werden. Der Wahlrechtskampf geht weiter! Und gerade die tollen Polizeiaussschreitungen mahnen uns, wie notwendig es ist, Preußen zu einem wirklichen Kulturstaat zu machen. Die Erbitterung über diese Polizeiataten wird neue Scharen von Wahlrechtskämpfern erziehen lassen!

Die Blutnacht in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 18. Februar. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Das Vorgehen der Frankfurter Polizei am Donnerstagsabend stellt die Polizeibrutalitäten vom Sonntag weit in den Schatten! Am Sonntag waren es Polizeikräfte und die Hufe der Schanzmannsgäule, mit denen friedliche Demonstranten in Verlesung kamen. In der Nacht von gestern auf heute waren es aber der preussische Polizeisäbel, der erbarmungslos auf preussische Bürger niederfauchte, der Polizeibrowning, mit dem auf die Massen geschossen wurde. So gab es gestern blaue Wunden und blaue Klagen und viel Blut flog in den Straßen Frankfurts. Die Verantwortung für alles hat die Polizei zu tragen. In allen Versammlungen wurde aufgerufen, ruhig nach Hause zu gehen und in den Außenbezirken kam man dieser Parole ohne weiteres nach. Doch aber vom Gewerkschaftshaus aus sich ein loser Zug bildete, konnte auf keinen Fall vermieden werden, denn auf einmal konnten drei bis 4000 Menschen nicht verschwinden. Unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht und Abhingen der Marcellinische nahm also, wie schon berichtet, ein starker Zug Versammlungsbekender seinen Weg in die Zeil. Hier wäre sicherlich auch alles ruhig abgegangen, hätte sich nicht in der Mitte der Zeil ein Trupp Schugleute auf den Zug gestürzt und die Zeil abgeperrt. So stante sich die Masse, ein Teil zog in eine Seitenstraße ein und zog nach Norden, ein anderer

Teil zog zurück zur Konstablerwache, um irgend einen Ausweg zu nehmen. Bei der Absperrung der Zeil wurde ein Genosse verhaftet, weil er Hochrufe ausbrachte. Man transportierte ihn zum Polizeipräsidenten. Auf dem Wege dahin suchte er sich zu befreien. Dabei zog ein Kriminalbeamter die Pistole und gab sechs Schüsse auf die Menge ab, die hinter dem Verhafteten herging. Nach dem offiziellen Polizeibericht sollen vorher aus der Masse Revolverstücke abgegeben worden sein. Das ist aber nach Berichten von Augenzeugen falsch. Diese Schüsse fielen erst später, als blauegezogen wurde. Als die ersten Schüsse fielen, stürzten von der Konstablerwache gegen 100 Schugleute auf die Menge und hieben erbarmungslos auf sie ein. Die Zahl der Verwundeten dürfte weit über 100 sein und einige wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Bis in die Hauseingänge und Wirtshäuser wurde die Masse verfolgt. Am aller schlimmsten für die Polizei ist aber, daß vielfach auch Verzte und Sanitätsmannschaften, die den Verletzten zu Hilfe kommen wollten, mit Gummischläuchen und Säbel traktiert wurden. Der Bericht einer Rettungswache lautet:

„Gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr wurde die Rettungswache nach dem Polizeipräsidenten und gleichzeitig nach dem Gewerkschaftshaus gerufen. Wir rückten sofort mit verstärkter Sanitätsmannschaft an die Unfallstelle und fanden dort den zwanzigjährigen Maurer Martin Scheindel (er liegt jetzt im Sterben (D. M.), der auf der neuen Zeil, als er nach Hause gehen wollte, ohne jede Veranlassung von einem Schugmann durch einen Schuß in die rechte Brustseite getroffen, wobei die Lunge verletzt wurde. Scheindel ist lebensgefährlich verletzt und mußte nach dem Spital gebracht werden. Weiter fanden wir auf dem Präsidium einen Schugmann mit einem Stich in den Rücken, wodurch die Lunge verletzt worden war. Er wurde nach seiner Wohnung gebracht. Ein Kriminalschugmann hatte eine Verletzung beider Augen durch Pfeffer. Weiter wurde an der Konstablerwache, am Gewerkschaftshaus und in anderen Straßen eine ganze Reihe Verwundeter vorgeschunden und verbunden.“

Auf der neuen Zeil wurde ein 18jähriger Pader durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel verletzt. Er mußte in das städtische Krankenhaus gebracht werden. Säbelstiche erlitten: zwei Schneider, ein Schmied, ein Backerer, zwei Kaufleute, ein Altshändler, ein Tagelöhner und andere mehr, die sich alle auf der Rettungswache verbinden lassen mußten. Von Schugleuten wurden angeblich an der Hauptwache zwanzig, an der Konstablerwache etwa fünfzehn Schüsse abgegeben. Die Staatsanwaltschaft will wegen Landfriedensbruch gegen einzelne der Verhafteten ein Verfahren einleiten. Sie dürfte damit wenig Glück haben, da die Vorbedingungen dafür fehlen. Gegen den Pader Bauer wurde ein Verfahren wegen Mordverdachts anhängig gemacht. Von den etwa 40 Verhaftungen konnten aber nur sieben aufrecht erhalten werden. Von diesen wurden nachträglich noch vier aufgeboben.

In den Schaufenstern der Expedition der „Volksstimme“ wurden mehrere Hüte und ein Stod ausgestellt, die am Sonntag bei den Zusammenstößen verloren wurden. Dazu kam als traurige Trophäe noch die Unterhose des schwerverwundeten Genossen Köhler, die seitlich Angespuren und große Blutsteden aufweist. Heute früh um 1/12 Uhr beschlagnahmte nun die Polizei sämtliche Gegenstände. Weitere Auslagen wurden gleichzeitig im Namen des Staatsanwalts und des Polizeipräsidenten unterjagt.

Wider die Grenzkatzen der Polizei erziehen der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins und die Redaktion der „Volksstimme“ heute folgenden Aufruf:

„Weiter und Väter von Frankfurt! Mit Blut ist gestern durch die Säbelnde und schließende Polizei die preussische Wahlrechtsbewegung in den Hauptstraßen unserer Stadt begossen worden. Wer trägt die Verantwortung dafür? Unsere fünf Protestansammlungen gegen die namenlosen Polizeiaussschreitungen vom letzten Sonntag sind gestern unter stärkstem Andrang der Bevölkerung verlaufen. Sie haben nicht zu den geringsten Ausschreitungen geführt. Erst als ein Rest der Besucher der Gewerkschaftshaus-Versammlung bei dem Witz über die Zeil zerstreut und dabei grundlos Verhaftungen vorgenommen wurden, kam es zu blutigen Konflikten. Die grundlos verhafteten Schugleute schossen in das Publikum. Kein Wunder, daß darauf Zusammenstöße erfolgten. Das kann zweifellos durch zahllose Zeugen beweisen werden. Infolge dieser ihrer eigenen Schüsse fiel dann die Polizei über die Leute her, die wieder wie am Sonntag hin- und hergezogen wurden. Infolge dieser polizeilichen Bluttaten mußte sich das Zentrum der Stadt eine außer-gewöhnliche Erregung bemächtigen. Die Polizei weiß genau, daß nach menschlichem Ermessen Ausschreitungen die Folge solchen Vorgehens sein müssen! Auf die Polizei entfällt allein die Hauptschuld! Bürger und Arbeiter! Die Wahlrechtsbewegung soll in Verzug gebracht werden. Laßt sie nicht in Verzug bringen. Schließt Euch unter dem polizeilichen Säbelregiment, das jetzt in Frankfurt herrscht, desto fester zusammen und gebort dem Ruf Eurer Volksgenossen. Das preussische Kammergericht gibt Euch die Strafe frei. Die Polizei kann sie Euch nicht nehmen. Ohne den Druck von Massenandrängen kein freies Wahlrecht in Preußen. Wir sind und bleiben Kämpfer für dieses wichtigste Volkrecht! Trotz Polizeisäbel und Browningpistolen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt einen scharfen Leitartikel gegen die Polizei. Sie schreibt:

Die blutigen Zusammenstöße zwischen Polizei und Passanten, zu denen es in der vergangenen Nacht auf der Frankfurter Zeil gekommen ist, werden von konstitutionellen Reaktionen vielleicht dazu angereizt werden, gegenüber der wächtig an-schwellenden Wahlrechtsbewegung die Politik des Polizeisäbels mit verdoppeltem Eifer zu fordern. Solche Politiker warten ja nur darauf,

daß sich allgemeine Empörung mit einem Male irgendwo in wirklichen Ausschreitungen ausläßt, denen gegenüber man dann die so oft gepriesene preussische Eigenart mit Revolver und Schwert verteidigen könnte. Zum Glück steigt der Charakter der gestrigen Vorgänge bereits jetzt so klar, daß eine Festifizierung des Geschehenen zu reaktionären Zwecken nicht möglich ist, wenigstens nicht im guten Glauben. Soweit es sich um die Frankfurter Demonstranten selber handelt, brachte der gestrige Abend eine eindrucksvolle und würdige Kundgebung zugunsten des freien Wahlrechts. Eine Kundgebung, deren Diszipliniertheit um so mehr Achtung einflößen muß, als nach dem brutalen Vorgehen der Polizei am letzten Sonntag die allgemeine Stimmung sehr erbittert war. Trugdem haben sich die Versammlungsteilnehmer zu keinerlei Ausschreitungen verhalten lassen.

Leider hat die Polizei in den späteren Abendstunden die Anerkennung, die ihrem anfänglichen Verhalten gezollt werden kann, wieder völlig verlernt. Eine ganze Reihe von Augenzeugen berichtet uns, daß die Polizei späterhin, als längst jede Gefahr für die öffentliche Ordnung beseitigt war, in einer Weise gehaust hat, die an die schlimmsten Vorkommnisse vom Sonntag erinnert. Damit aber hat die Polizei bewiesen, daß sie der gegenwärtigen schwierigen Situation nicht gewachsen ist. Die einzigen, die nach den gestrigen Vorfällen nichts vorzuschreiben haben, sind die Wahlrechtsdemonstranten. Das Blut, das in dieser Nacht geflossen ist, soll auch sie an die schwere Verantwortung mahnen, die ihnen die politische Situation auferlegt. Sicherlich haben die Wahlreformfreunde Grund, soweit wie möglich alles zu vermeiden, was sie mit dem entarteten Pöbel in Verührung bringen kann. Aber sie werden sich durch die gestrigen Vorgänge nicht einschüchtern lassen. Die Wahlrechtsbewegung ist im Gange und sie muß weiter gehen, bis ein Erfolg erreicht sein wird. Die politische Verunstaltung und das natürliche Recht sind in diesem Kampfe auf der Seite der Reformfreunde. In diesem Bewußtsein mögen sie weiter handeln, ohne Unbesonnenheit, aber auch ohne Feigheit.

Anderer, frühere Meldungen lauten:

Frankfurt a. M., 17. Februar, nachts. (Privatdepesche des „Vortwärts“.)

An der Konstablerwache wird weiter scharf eingehalten. Die Polizei hat auch geschossen. Es gibt viele Verwundete. Ich fordere einen Polizeikommissar auf, einen Schwerverwundeten fortschaffen zu lassen. Er lehnte es ab, sie hätten anderes zu tun. Die ganze Zeil ist noch sehr bewegt.

Frankfurt a. M., 17. Februar. Besonders scharf ging es vor dem Polizeipräsidenten auf der Neuen Zeil und in der Pfarrgasse her. Dabei wurde ein Schugmann namens Kaminski durch einen Stich mit einem dreikantigen Stiel so schwer verletzt, daß er wahrscheinlich sterben wird; aber auch mehrere gänzlich unbeteiligte Personen trugen schwere Verletzungen davon. Ein aus Rürnberg zugereister Kaufmann Martin Scheindel wurde mit einem schweren Lungenschuß in das Heilige-Geist-Hospital eingeliefert. Wahrscheinlich wird er auch sterben. Ein Passant, dem ein Tiesschuß aus einem Browning den einen Oberschenkel und die Wade des anderen Weines durchbohrt hatte, wurde zunächst in ein Quartier getragen und dann in seine Wohnung transportiert. Mehrere Leute wurden durch Säbelstiche schwer verletzt. Einem Manne aus Hanau wurde der Hinterkopf gespalten. Ferner gab es noch eine Attacke in der Alten-Heiligen-Strasse. Dort soll ein Pader auf die Polizei geschossen haben. Er verfehlte aber sein Ziel, worauf ihm mehrere Schugleute nachstellten, es gab eine wüste Hejragd. Auf dem Boden eines Hauses wurde der Pader dann von Schugleuten niedergeschlagen. In anderen Stadtteilen sollen Schugleute mit Steinwürfen bedacht worden sein, doch fehlen darüber noch nähere Angaben.

Frankfurt a. M., 18. Februar.

Im ganzen wurden 67 Personen bei den Straßendemonstrationen am Donnerstag verletzt, darunter der Reisende Köhler, ein Postassistent Schäfer, der zum Nachdienst gehen wollte und mit der Demonstration gar nichts zu tun hatte; ferner ein Invalid, der gleichfalls Köhler heißt. Er wurde auf der Straße von Schugleuten überfallen. Ein Geheimschugmann mit rotem Haar rief: „Ob Invalide oder nicht, nur drauf!“ Der Mann erhielt einen Schuß am Kopf, einen Säbelstich im Rücken und einen Schuß durch beide Weine. Eine Frau wurde zu Boden geworfen, sechs Schugleute hieben unbarmherzig auf sie ein. Die Frau hat 15 Stichen am Rücken. Die Rettungswache war beinahe die ganze Nacht beschäftigt, um Verletzte zu verbinden. In der Stadt herrscht ungeheure Aufregung, auch im Bürgeramt. Die Verhaftung der Polizei, die Verlesungen seien zweifelhafte Elemente, Ruhalter und dergl. gewesen, trifft nicht zu. Es wurden viele Bürger verletzt, die teils vom Nachdienst kamen, teils zum Nachdienst gingen, Beamte usw.

Einer Depesche des „Verl. Tageblatts“ vom 18. Februar entnehmen wir noch:

Die Anzahl der Verletzungen ist bedeutend größer, als man ursprünglich annahm. So wurden allein von Rettungswachen fünfzig Personen behandelt, von denen sieben schwere, zum Teil lebensgefährliche Verletzungen davontrugen und sofort in das Krankenhaus übergeführt werden mußten. Im ganzen hat man mindestens mit 200 bis 300 Verletzungen zu rechnen. Zwanzig Schugleute und mehrere Kommisare wurden durch Messerstücke, Schüsse, Stodhiebe und Steinwürfe mehr oder minder verunndet. . . .

Die Meldung behauptet weiter, daß man von Ritternacht ab den bestimmten Eindruck hatte, als ob die ständeherrliche Menge, aus deren Mitte bis gegen zwei Uhr

immer noch vereinzelt Schüsse fielen, sich nicht aus sozialdemokratischen Demonstrationen und Rengierigen zusammenlegte, sondern daß sie ausschließlich aus gewissen Elementen der Altstadt bestand, die die glückliche Gelegenheit benutzten, um sich an den Volksgewaltigen zu rächen. Charakteristisch ist, daß das Aul für Beobachter, das sonst jede Nacht bis zum letzten Platz besetzt sei, in dieser Nacht nur sieben Gäste zählte.

Halle, 18. Februar.

Gestern abend trat die Halle'sche Arbeiterschaft in zwei riesig besuchten Protestversammlungen zusammen, um ihrer flammenden Empörung über die Polizeibrutalitäten am vorigen Sonntag Ausdruck zu verleihen. Mehr als 10000 Menschen, darunter viele Bürgerliche, strömten den Versammlungsorten zu, konnten jedoch nicht alle Platz finden. Die Genossen Hennig und Drescher hielten zündende Referate, nach deren Schluß einstimmig folgende Resolution angenommen wurde:

„10000 Männer und Frauen erklären: Die polizeilichen Brutalitäten vom vorigen Sonntag, das Niederhauen friedlicher, wehrloser Menschen durch die in Maferei verfallene Halle'sche Polizei, haben den preußischen Polizeistaat wieder einmal in seines Wesens innerstem Kern und seiner ganzen Brutalität enthüllt.“

Schon immer ging in Preußen Gewalt vor Recht! Mit Gewalt, durch einen Staatsstreich, hat ein preußischer König dem Volke das Dreiklassenwahlrecht aufgezwungen, das 88 Prozent der wahlberechtigten Bürger entrechtet, sie jeglichen politischen Einflusses beraubt.

In der neuen Wahlrechtsvorlage will die preußische Regierung dieses infame Ausnahmewort noch verschärfen, die Zahl der politisch Rechtlosen noch vermehren. Diese freche Verhöhnung, diese unerhörte freche Provokation beantwortete das Volk in würdigen Demonstrationen mit der unentwegten Forderung nach dem gleichen Recht.

In sinnlosem Wüten, mit roher Gewalt hat in Halle die Polizei den Massenruf nach dem gleichen Recht zu ersticken versucht. Ohne jeden Anlaß hat sie auf eine friedliche, wehrlose Menge mit blanker Waffe eingehauen, ja Fliehende niedergeworfen und blutig geschlagen.

Die Versammelten, durch die polizeilichen Brutalitäten zu maßloser Empörung aufgereizt, kennen nur noch grenzenlose Verachtung und unauflöshlichen Haß für die Verantworte der blutigen Meute. Sie geloben, allen polizeilichen Untaten zum Trotz, den Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen nun erst recht mit aller Kraft zu führen und nicht ruhen und rasten zu wollen, bis die preußische Dreiklassen- und Polizeischande durch einen unwiderstehlichen Volksturm hinweggerafft ist.“

In der Diskussion gaben alle Redner namentlich ihrer Entrüstung über die total verkommenen bürgerliche Presse von Halle, einschließlich der am schamlosesten sich gebärdenden freimüthigen Presse, gebührend Ausdruck. Auch die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit, die in der Sitzung am Montag über das Blutbad fälschlich gelacht hatte, erfuhr entsprechende Kritik.

Nach Schluß der Versammlungen zogen die vielen Tausende mitten durch die Stadt nach Hause, ohne daß irgendwo Zusammenstöße vorkamen. Von der Partei waren Ordner ausgesandt worden, deren Befehle prompt befolgt wurden. Die Polizei hatte umfassende Maßnahmen getroffen, bekam jedoch keinen Anlaß zum Einschreiten. Sie verhielt sich ruhig. Das Militär stand wieder marschbereit. Das Rathaus war sogar mit einem Zug Infanterie besetzt, der aber nicht zu tun fand. Mit imposanter Ruhe durchzogen die Demonstranten in Gruppen die Stadt, ein Zug, der kein Ende nehmen wollte. — Diese nächste Demonstration, mit welcher die Gerechtigkeit und Ruhe des Proletariats bekundet werden sollte, hinterließ einen mächtigen Eindruck.

Der Wahlrechtskampf.

Die Städte und die Wahlrechtsvorlage.

Der Magistrat von Berlin beschloß unter Beitritt zu dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung eine Petition anzuhängen, in der vom Standpunkt der Berliner Verhältnisse eine Abänderung der Wahlrechtsvorlage beim Landtage beantragt wird.

Einer Wahlrechtsresolution der Stadtverordnetenversammlung in Rönigsberg i. Pr. ist auch der Magistrat beigetreten.

In Stettin haben die Sozialdemokraten und auch die liberalen Mitglieder Anträge gegen die Wahlrechtsvorlage eingebracht, die in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen werden.

Wackere bürgerliche Stadtväter!

Die Sozialdemokraten im Hanauer Stadtverordnetenkollegium hatten einen Antrag auf Abänderung einer Petition gegen die Wahlrechtsvorlage eingebracht. Freimüthige und Rationalisierbare machten aber jede Verhandlung über den Antrag unmöglich, verhinderten seine Begründung und bereiteten so jedes Aktion gegen die Wahlrechtspläne der preußischen Regierung.

Der Stadtverordnetenversammlung zu Magdeburg lag am Donnerstag ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung vor, worin eine Wahlrechtspetition ans Abgeordnetenhaus gefordert wurde.

Deshalb von unseren Genossen darauf hingewiesen wurde, daß ähnliche Anträge schon in einer Reihe von Städten zur Verhandlung gekommen seien und Gile in Anbetracht der ganzen Situation unbedingt vorzuziehen sei, lehnte die Stadtverordnetenversammlung die Dringlichkeit mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und dreier Bürgerlicher ab. Die gegnerischen Redner, vor allem der nationalliberale Jurist Dr. Stern, bestritten überhaupt die Berechtigung der Stadtverordnetenversammlung, über den Antrag zu verhandeln. Sie beriefen sich auf die Städteordnung, die die Erörterung politischer Angelegenheiten verbietet!

Werkwürdige Selbsttäuschung im Polizeipräsidium zu Frankfurt a. M.

Die sozialdemokratische Parteileitung zu Frankfurt a. M. hatte beim Polizeipräsidium die Erlaubnis zur Veranstaltung eines Wahlrechtsmarches für nächsten Sonntagmorgen vom Hohenzollernplatz über Kaiserstraße bis Allerheiligen-Tor nachgesucht. Sie hatte sich erboten, durch 500 Ordner Sorge dafür zu tragen, daß nicht die geringste Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus der Kundgebung entstehe. Das Polizeipräsidium, gezeigter Scharenberg, hat jedoch Freitag vormittag unserer Parteileitung mitgeteilt, daß es die Genehmigung zu dem Aufzuge verweigere. Zur Begründung führt es an:

Die mit dem Zuge verbundenen Massenansammlungen lassen bei den bekannten Demonstrationen bedenklichen nach den bisherigen Vorlesungen und schweren Ausschreitungen seitens der

Demonstrationsteilnehmer Gefahren für die Allgemeinheit befürchten, so daß schon im Interesse der Sicherheit des an der Veranstaltung nicht beteiligten Straßenpublikums das Verbot des Zuges erforderlich ist.“

Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt dazu:

„Im Interesse der Sicherheit des nicht beteiligten Publikums! Im Interesse dieser Leute mühten in Frankfurt unter dem jetzigen Regiment ganz andere Leute Hängel angelegt bekommen.“

Eine große Demonstrationsversammlung unter freiem Himmel

haben die Dortmunder Genossen für nächsten Sonntag einberufen. Die Genehmigung dazu ist erteilt worden. Dagegen wurde der Demonstrationzug verboten unter Hinweis auf die „aufreizende Schreibweise der Presse“. Am Donnerstagmorgen erschien in der bürgerlichen Presse folgende Bekanntmachung:

„Die in den letzten Tagen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei verübten Straßendemonstrationen machen es erforderlich, daß ähnlichen unerlaubten Versuchen von Aufzügen oder Ansammlungen entgegengetreten wird. Dem Publikum wird daher im eigenen Interesse dringend angeraten, sich von derartigen Demonstrationen unbedingt fernzuhalten.“

Dortmund, den 18. Februar 1910.

Die Polizeiverwaltung, Dr. Schmieding.“

Achtung vor'm Armeerevolver!

In Reumünster war für Freitag im Stadterordnetenkollegium die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation wegen der Straßendemonstrationen vom vorigen Sonntag auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die dortige Polizei hat nun große Angst, daß es deswegen zu Aufsammlungen und zu Zusammenstößen komme und hat deshalb bekannt gemacht, daß die Schugleute mit Armeerevolvoren ausgerüstet worden sind. Die Einwohnerschaft wurde gewarnt, sich an Straßendemonstrationen zu beteiligen mit dem Hinweis darauf, daß darin Aufruhr (A), unter Umständen auch Aufruhr (A) erblüht werden könne!

Mohrenwäpche.

Zu Beginn der Freitagssitzung der Reichstags-Budgetkommission wurde noch einmal die Beschuldigung des Genossen Sebering, daß auf der Danziger Werft grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, erörtert. Admiral Harms verlas die vom Oberwerftdirektor in Danzig aufgenommenen Protokolle. In diesen wird behauptet, daß die Untersuchung die absolute Unwahrheit der Sebering'schen Beschuldigungen ergeben hätte. — Man habe die auf den eingekaufte Plänen bezeichneten angeblichen Lagerstätten abgeleert, aber „nur wertlose Abfälle zutage gefördert“. — Es scheint, daß die Genossenmänner des Abg. Sebering wider besseres Wissen gehandelt hätten. . . .

Wegen der Verbrennung von Segeltuch ist der betreffende Feldwebel aus dem Artillerieregiment verbannt worden. Er erklärt, daß er nur Sachen verbrannt und ins Wasser geworfen habe, die „wertlos“, also „auch zur Flidarbeit nicht mehr zu verwenden“ gewesen seien. . . .

Genosse Sebering erklärte demgegenüber, daß er von seinen Genossenmännern die entgegengesetzte Nachricht erhalten habe! Noch heute früh sei ihm ein Telegramm zugegangen, worin es heißt:

„Gegenstände gefunden, Untersuchung oberflächlich; man sucht zu unterdrücken.“

Die von ihm behaupteten Tatsachen seien übrigens im allgemeinen bewiesen. Es handle sich nur darum, ob die gefundenen Gegenstände wertlos seien oder nicht. Seit wann sei es denn üblich, daß man Metallteile ins Wasser werfe und ganze Segeltuchballen zerstücke und verbrenne! Man verkaufe das doch sonst als Altmaterial! Lediglich habe er so gesehen bereits mitgeteilt, daß wertvolle Geschosshülsen wieder herangezogen worden seien. Hätte es sich um wertlose Gegenstände gehandelt, so würde man sie doch sicherlich haben lassen! Er wüßte, daß das Marinemini die Protokolle veröffentlichte. Aus der Tatsache, daß man Metallabfälle — angeblich „um Löcher auszufüllen“, ins Wasser werfe, werde man drauhen im Lande schon die erforderlichen Schlüsse ziehen. Es komme übrigens nicht bloß darauf an, daß das Material angeblich undrauhbar war, sondern es müsse untersucht werden, wie es undrauhbar geworden sei! Der Auforderung des Abg. Sebering, seine Genossenmänner zu nennen, könne er erst dann näher treten, wenn er mit ihnen Rücksprache genommen habe, und wenn der Staatssekretär öffentlich erkläre, daß sie nicht gemahregelt würden.

Der Vorschlag des Abg. Mugdan, dem Abg. Sebering die Möglichkeit zu geben, an der Untersuchung in Danzig persönlich teilzunehmen, wurde von den anderen bürgerlichen Parteien bestritten mit dem Vorwand, daß der Reichstag hierzu gar keine formelle Möglichkeit habe und daß auch hierbei vermutlich kein anderes Resultat erzielt werden würde!

Im weiteren Verlaufe der Beratung kam es zu einer längeren Auseinandersetzung beim Titel 25000 M. zu Vergütungen für besondere Leistungen auf dem Gebiete des Schiffbaues. Der Abgeordnete Struve teilte mit, daß die Schiffbauarbeiter allgemein wünschen, daß dieser Fonds beseitigt werde, denn es sei ein Korruptionsfonds,

den man in Beamtenkreisen gewöhnlich den Giftbaum nenne; denn es sei bestimmt, daß die Zuwendungen geheim bleiben müssen und daß selbst die Empfänger stillschweigen bewahren müssen! Da der Staatssekretär schließlich erklärte, er wolle Sorge tragen, daß diese Geheimnisthämerei aufhöre, wurde auf Antrag Erzberger's beschlossen, einen entsprechenden Vermerk in den Etat aufzunehmen. Für 2 Polizeigewächsmänner und 46 Schupmannen, die den

Polizeidienst auf den Werften

besetzen, werden 185 200 M. gefordert. Die Kommission hält diesen Polizeidienst für viel zu teuer. Schon im vorigen Jahre hatte sie größere Sparmaßregeln verlangt. Die Verwaltung aber lehnte sich daran nicht im geringsten, sondern wirtschaftete ruhig in der alten Weise weiter. Um sie nun zu einer Änderung zu zwingen, strich die Kommission 83 900 M. von der Forderung ab! — Allgemein fielen die hohen Gehälter auf, welche die Werft an die Polizeimannschaften bezahlt. Ein Schupmann erhält 8500, ein Wachmeister aber 4000 M. Jahresgehalt!!

Beim Titel „Bauwerke“ verklagte Genosse Ledebour die Zustände in den Arbeiterwohnungen und verlangte Abhilfe. Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, daß die genannten Arbeiterwohnungen dem Ministerium des Innern unterstellt seien, er also gar keinen Einfluß darauf habe. . . . Staatssekretär Wermuth erklärte sich bereit, die Beschwerden des Abg. Ledebour an das Reichsamt des Innern zu übermitteln.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 22. Februar.

Politische Teberlicht.

Berlin, den 18. Februar 1910

Delbrück als Hüter der Tradition.

Im Reichstag wurde bei Beginn der Sitzung zunächst namentlich abgestimmt über die Tolerationstränge. Das Amendement der Sozialdemokraten wurde mit 28 gegen 88 Stimmen (Sozialdemokraten und Freimüthige) verworfen, ebenso der Antrag

des Zentrums mit 100 gegen 150 Stimmen bei acht Stimmenthaltungen. Dafür hatten getimmt: Zentrum, Polen und Sozialdemokraten. Der alte Potientottenbloß war also wieder aufgelegt und hatte einen glatten Sieg erfochten. Die Vorabstimmung über das Amendement hatte aber auch gezeigt, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die unbedingte Toleranz über will.

Auf die darauf vom Präsidenten Spahn gestellte Frage, ob der Reichskanzler die sozialdemokratische Interpellation wegen seiner Aeußerungen über das allgemeine Wahlrecht beantworten wolle, erklärte in Abwesenheit Bethmann der Staatssekretär Delbrück: der Reichskanzler sei bereit, die Interpellation morgen zu beantworten, so daß sie auf die Sonnabend-Tagesordnung gestellt wurde.

Die Eröffnung der Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern gab Herrn Delbrück Gelegenheit zur Entwidlung seines sozialpolitischen Programms, dem bisher war er nur mit Einzelerörterungen sozialpolitischer Fragen bei Gelegenheiten oder Interpellationen hervorgetreten.

Wie das alljährlich üblich ist, wurde die Debatte durch den Vertreter der stärksten Fraktion, des Zentrums, eröffnet. Ungetöndlich ist es aber, daß der diesmalige Zentrumredner, Dr. Meyer-Kaufbeuren, sich auf handelspolitische Fragen beschränkte.

Nunmehr entwickelte Herr Delbrück das, was man aus Gefälligkeitbrüchlein ein „Programm“ nennen kann. Er nahm sich dabei ganz aus, als wäre er in seines Vorgängers abgelegte Kleider hineingeklüppelt. Das war ganz Bethmann: in seiner ganzen bürokratischen Dürre, in der Erkennung der Gedanken durch phrasenhaft aufgepumpte Gemeinplätze. Das „Programm“ Delbrücks bestand darin, daß er erklärte, ein Programm sei nicht nötig, weil jeder Staatssekretär, möge er heißen wie er wolle, doch nur Träger und Hüter der ein für allemal seit Jahrzehnten festgelegten traditionellen amtlichen Sozialpolitik sein könne. Das sagen nun allerdings von jeher alle die Herren Bureaucraten, die auf irgend einen Ministerfessel hinauf befördert werden. Im Reichsamt des Innern aber war das immer nur das Signal zu einer abermaligen Verkümmern des so wie so höchst kümmerlichen sozialpolitischen Kurzes. Das Gängelband des Unternehmers wird stets straffer angezogen und läßt den Staatssekretär in ständig verkürzten Schritten einhertrippeln. Herr Delbrück suchte allen Berufsständen Annehmlichkeiten zu sagen, allen voran natürlich der Landwirtschaft. Seine Rede klang wie eine Festsrede beim Bankett des Landwirtschaftsrats. Als er dann auf Industrie und Handel zu sprechen kam, versiel er in einen entschuldigenden Ton. Den Mittelstand in Stadt und Land pries er wieder als Hauptstütze des Staats, aber die Arbeiter — na, die hat er rein vergessen, da ist ihm die Puste ausgegangen. Er hatte übrigens seinen Lohn gleich weg, denn freudestrahlend schlürfte er es ein, als „der schlichte Mann aus der Werkstatt“, der Konservative Herr Pauli-Potsdam erklärte: Der Herr Staatssekretär hat ganz meine Meinung ausgesprochen!

Genosse Fischer unterzog die Delbrück'schen Weisheitsprüche einer scharfen und wirkungsvollen Kritik. Er nagelte den Minister zunächst auf den Widerspruch fest, daß er zwar mit vollen Waden es angepriesen habe, wie großartig sich die Industrie in Deutschland entwickelt hat, und daß er dennoch die Sozialpolitik heute, wo nur noch ein Drittel der Bevölkerung landwirtschaftlich tätig ist, nach den nützlichsten Grundfragen steuern wolle, die vor 40 Jahren vielleicht angängig gewesen sein möchten! Die ganze Rückständigkeit seiner Ansichten über die Arbeiter zeige sich aber in seinem Ausspruch, daß der Unternehmer zum Arbeiter in demselben Verhältnis stehe wie der Offizier zum Soldaten. Treffend hob Fischer dann hervor, wie diese acht preußische Auffassung in süddeutschen Staaten bereits durch eine einschlägige Beurteilung der Regierungen überholt sei. Den letzten Teil seiner Rede widmete er dann den Gewerbeberichten, aus deren Abfassung durch die preußischen Gewerbeinspektoren und mehr noch aus der redaktionellen Fassung durch das Reichsamt des Innern eine arbeiterfeindliche Tendenz hervorleuchte. Für die Arbeiter ergebe sich aus alledem die Lehre, daß sie sich organisieren müssen zum Kleinkampf, um der Regierung wie den Unternehmern die Gleichberechtigung abzurufen.

Nachdem noch der freikonservative Oberlehrer Ding dem Staatssekretär ein feuriges Lob gesendet und gegen die Konsumvereine gewettert hatte, wurde die Debatte vertagt.

Zunächst kommt morgen die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation an die Reihe.

Justiz und Bez Pfäl.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Freitag zunächst die zweite Lesung der Justizverwaltung. Genosse Liebnecht benutzte eine Reihe von Statistiken, um Wünsche zu äußern und Anregungen vorzubringen. So nahm er sich u. a. der Gerichtsbienner an, deren Lage besonders dadurch eine recht traurige ist, daß sie im Falle einer Erkrankung weder Anspruch auf Krankengeld noch auf freie ärztliche Behandlung haben. Besondere Beachtung verdient der Vorschlag Liebnechts auf Streichung des moralisch verderblichen Titels „Remunerationen der mit der Leistung oder Beaufsichtigung der Gefängnisarbeit beauftragten Beamten aus dem Arbeitsverdienst der Gefangenen“. Mit Recht wies Redner darauf hin, daß dieser Titel eine Gefahr in sich birgt, daß die Reizung der Gefängniswärter zu härterer Beaufsichtigung der Arbeiter gestärkt wird. Eine Antwort wurde ihm nicht zu teil. . . .

Am interessantesten war die Debatte, die sich über die Frage der Behandlung geisteskranker Verbrecher entspann. Redner der verschiedensten Parteien waren sich darüber einig, daß für die verbrecherischen Irren besondere Anstalten errichtet werden müssen. Namentlich Liebnecht betonte mit allem Nachdruck, daß der irre Verbrecher genau so ein Kranker ist wie jeder andere Irre und daß auf ihn die gleichen Behandlungsmethoden wie bei anderen Kranken angewendet werden müssen. Er empfahl, die Entscheidung über die Unterbringung geisteskranker Verbrecher dem Strafrichter zu nehmen und einzig den Medizinischen Behörden zu überlassen, und er forderte insbesondere die Einführung eines ordentlichen Rechtsweges sowie eines Schutzes gegenüber Zwangsinternierungen.

Der Justizminister ging einer klaren Antwort aus dem Wege; er betraf sich darauf, daß diese Angelegenheit zum Ministerium des Innern gehöre, und begnügte sich im übrigen mit der Wiederholung der betreffenden Bestimmungen des Entwurfes eines neuen Strafgesetzbuches, dessen Einzelheiten durch ein Ausführungsgesetz geregelt werden sollen.

Nach Erledigung des Justizetats überwies das Haus die Novelle zum Geiseltwurf betr. die Gewährung von Zwischenkredit bei Rentengutsgründungen an die Agrar-

Kommission und begann dann noch die erste Lesung der Vorlage betr. die Reifezeiten der Staatsbeamten.

Die Debatte über diesen Gesetzentwurf soll am Sonntagabend fortgesetzt werden. Wäre es nach den Konversationsblättern gegangen, dann würde am Sonntagabend zunächst der Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung — die sogenannte Les Pui — beraten werden, aber da die anderen Parteien ihnen gut zuredeten, gaben sie sich mit einer Vertagung bis Montag zufrieden. Bis dahin werden sie die kurze Walgenfrist wohl noch ausnützen, um sich im guten Ton und in kurzen Reden zu üben.

Preußens Opfer für Süddeutschland.

Süddeutschland fühlt sich durch die Art und Weise tief gekränkt, wie Herr v. Bethmann Hollweg sich in seiner Wahlrechtsrede am 10. Februar nicht nur gegen das Reichstagswahlrecht, das Fundament des deutschen Reichsbauens, ausgesprochen hat, sondern obendrein in bezug auf die Verfassungspositionen der süddeutschen Staaten behauptete, daß die politische Kultur und Erziehung desto mehr litten, je demokratischer das Wahlrecht in einem Lande gestaltet sei. Um diesen Eindruck auf die süddeutsche Bevölkerung zu verwickeln, hat die preußische Regierung bereits zu allerlei offiziellen beschönigenden Erklärungen der Bethmann Hollwegschen Rede gegriffen; aber in Süddeutschland will man von solchen nachträglichen erfindlichen Interpretationen recht wenig wissen. In dieser Verlegenheit greift die Regierung zu einem Mittel, das geeignet ist, den sogenannten süddeutschen Particularismus noch weit mehr aufzuschwelen. Sie läßt nämlich den süddeutschen Staaten vorrechnen, was sie nach preußisch-bureaufkräftiger Auffassung alles Preußen verdanken. Die offiziellen „Berl. Vol. Nachr.“ bringen nämlich folgendes Verzeichnis der „Opfer“, die angeblich Preußen für das Reich gebracht hat:

Jüngst hat der preußische Finanzminister im Abgeordnetenhaus darauf aufmerksam gemacht, daß Preußen bei der Einziehung und Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern etwa 12 Millionen Mark zusehe. Es ist nicht die einzige Ausgabe, die Preußen für das Reich opfert. Auf die Matrifikularumlagen, die etwa 30 Millionen Mark für Preußen betragen und die in dieser Höhe vorläufig auf fünf Jahre festgelegt wurden, so dabei gar nicht verwiesen werden. Es gibt aber eine noch höhere Summe, die Preußen jährlich dem Reiche darbringt, und zwar diejenige, die mehr an preußischen Eisenbahneinnahmen aufkommen würde, wenn die Reichspost die Leistungen der Eisenbahnverwaltung für Zwecke des Postdienstes voll vergüten würde. Das geschieht bekanntlich nicht. Noch in der letzten dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Uebersicht über die Betriebsergebnisse der Eisenbahnverwaltung wird die Minderung der Einnahmen, die dadurch der letzteren erwachsen ist, für 1908 auf 41,8 Millionen Mark angegeben. Es wird berechnet, daß die Betriebsausgaben der Eisenbahnverwaltung für die Postförderung 52,4 Millionen Mark betragen. Die von der Post an die Eisenbahn bezahlten Vergütungen einschließlich der Vergütung für die Bestellung der Eisenbahnwagen zur Postbeförderung hat aber nur 11,1 Millionen Mark ausgemacht. Die Differenz zwischen beiden Summen ist für 1908 der Eisenbahnverwaltung an Einnahmen entgangen. Mit anderen Worten, Preußen hat im Jahre 1908 für das Reich diese 41,8 Millionen Mark geopfert. Es gibt auch noch weitere, in das gleiche Gebiet schlagende Summen. Beispielsweise kommt direkt und indirekt ein großer Teil der Summen, die für die Erhaltung des Deutschtums in den Ostmarken alljährlich von Preußen ausgegeben werden, ganz Deutschland zugute. Es ist selbstverständlich, daß Preußen als führender Bundesstaat eine Reihe finanzieller Opfer bringt. Auch im Privatleben bringt Würde Würde. Aber einmal müssen diese finanziellen Opfer in gewissen Grenzen bleiben, weshalb es auch durchaus angemessen ist, daß wegen der vom Reiche an Preußen zu zahlenden Vergütungen für die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern Verhandlungen schweben. Sodann ist es doch gut, in Zeiten, wie den gegenwärtigen, auf Opfer, die Preußen für die Allgemeinheit bringt, hinzuweisen. Man braucht deswegen in den Kreisen, die dem preußischen Wesen abhold sind, nicht in Bewunderung für den führenden Bundesstaat auszubrechen, die besprochene Tatsache aber bei der Beurteilung Preußens in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen, wäre sicherlich angebracht.

Ein merkwürdiges Verfahren, den süddeutschen Bundesstaaten, um sie zu beschwichtigen, in aller Oeffentlichkeit die empfangenen Wohlthaten vorzurechnen. Was würde die preußische Regierung sagen, wenn Bayern, Württemberg, Baden usw. den Spieß umdrehten und eine Rechnung darüber aufstellten, welche Nachteile sie durch die preußische Hegemonie erlitten haben?

Vereinigung für kapitalistische Volkswirtschaftslehre.

Herr Professor Richard Ehrenberg, der Hofstadter Professor für Chlorifizierung des Unternehmertums, triumphiert. Die lange schon angekündigte „Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung“, das heißt zur Unterfütterung jener Wirtschaftstheorie, die in den großen Kapitalisten die feinste Blüte aller Kultur sieht, hat sich endlich konstituiert — und als Organ der Vereinigung soll bis auf weiteres das von Herrn Professor Ehrenberg herausgegebene „Jahrbuch der Wirtschaftsforschung“ annehmen. Herr Ehrenberg ist also keine Laus. Er hat solvents Gönner für seine antikathedersozialistische Schriftstellerei gefunden, und zwar sehr vermögende Leute, denn zu den Vätern der neuen Vereinigung gehören:

- Vallin, Generaldirektor; Dr. Seumer, M. d. Abgeordnetenhaus; Blum, Rechtsanwalt, Schmiedeberg i./R.; Ernst von Poritz, Kommerzienrat; Brodermann, Kneegendörfer, Dozentenrat; Dr. von Brand, Geh. Kommerzienrat; Dr. Sudde, Professor; Herr. von Letto, Vorsteher der Bayer. Landwirtschaftsbank; von Solmar, Meyenburg, M. d. Herrenhauses; Dr. Ing. Carl Delius, Geheimrat Kommerzienrat; von Dirksen, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhaus; Burggraf und Graf Dohna-Finkenstein, M. d. Herrenhauses; R. von Dreys, Kreuzburg a. d. Werra; Dr. H. Pleißner, Herausgeber der „Deutschen Revue“; von Graf-Klanin, Wirklicher Geheimrat; Dr. von Gustedt, Generallandwirtschaftsdirektor; Rirdorf, Streithof, Geh. Kommerzienrat; Kluepfel, Finanzrat; Graf von Koenigsmark, M. d. Herrenhauses; E. von Lind, Professor; Freiherr Lucius von Hallhausen, Staatsminister a. D.; S. Lueg, Geh. Kommerzienrat, M. d. Herrenhauses; G. Ritter von Raffai, erbl. Reichsrat der Krone Bayern; Graf von Mirbach, M. d. Herrenhauses; Dr. Ing. von Dewelshäuser, Generaldirektor; Emil vom Rath, Geh. Kommerzienrat; Dr. Emil Rathenau, Geh. Staatsrat; Viktor, Herzog von Ratibor, M. d. Herrenhauses; Louis Ravené, Geh. Kommerzienrat; Graf von Nebern, M. d. Herrenhauses; von Rieppel, Geh. Staatsrat; Moetger, Landrat a. D.; O. Kupertli, H. S. Merk u. Co., Hamburg; Schindler, Präsident der Handelskammer Hamburg; Semlinger, Kommerzienrat; Arnold von Sammers, M. d. Herrenhauses; Professor Dr. H. Glöck, Geh. Regierungsrat; Dr. Frei-

Herr von Eoden, Reichsrat der Krone Bayern; von Sobellius, Justizsenior, M. d. Herrenhauses; M. Winterfeldt, Geh. Justizrat; Wittling, Geh. Regierungsrat; Freiherr von Wuerzburg, Reichsrat der Krone Bayern; Freiherr von Zedlig und Reulich, M. d. Abgeordnetenhaus.

Um das Verständnis für die hohe wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Unternehmertums zu fördern, will zunächst die Vereinigung dafür sorgen, daß an einer deutschen Universität ein „Institut für exakte Wirtschaftsforschung“ errichtet wird, das Ehrenberg und seine Schüler antreibt; ferner sollen populäre Vorträge gehalten und geeignete größere und kleinere Schriften auf Vereinskosten herausgegeben werden.

Der Vizepräsident Spahn.

Der frühere Reichstagspräsident Kallstrem, den das Zentrum jahrelang ins Präsidium entsandte, galt im allgemeinen als unparteiisch, und er erhielt meist auch die Stimmen anderer Parteien bei Renouvoirs. Sein Nachfolger, der jetzige Vizepräsident Spahn dürfte die Anerkennung unparteiischer Geschäftsführung kaum erlangen. Schon jetzt, einige Wochen nach Beginn seiner Amtsführung, werden lebhaft Klagen laut über partielle Bevorzugung der Zentrumsabgeordneten durch den Zentrumspräsidenten. Als er kürzlich zwei Zentrumsrednern untereinander das Wort erteilte, wodurch andere schwer benachteiligt wurden, schob er das auf ein Mißverständnis. Bei der Beratung des Kolonialgesetzes wurde nur ein Mißverständnis zugelassen; Spahn brachte es aber fertig, außer den offiziellen Zentrumsrednern noch zwei weitere, indirekt zum Zentrum gehörende Abgeordnete, einen Welken und einen Elsäßer, zum Worte kommen zu lassen. Auch darüber beschwert man sich, daß er in der Feststellung von Abstimmungsresultaten ganz selbstherrlich verfährt.

Die bayerische Biersteuer angenommen.

München, 16. Februar. Es ging im Eilzugtempo mit der Beratung des Kalzaufschlaggesetzes. In vier Sitzungen wurde der Gesetzentwurf erledigt, der dem bayerischen Volk zugunsten der Staatskasse und der Brauer eine Mehrbelastung von rund 80 Millionen Mark auferlegen will. Ob sich die Wassen die Verteuerung des Bieres so ohne weiteres gefallen lassen, wie die Herren Gelehrten meinen, ist abzuwarten.

Einen längeren Aufenthalt gab es noch bei der Frage der Einführung der Deklarationspflicht, die durch den Ausschuh in den Entwurf hineingebracht wurde. Die Biere sollen von Zeit zu Zeit auf ihren Extraktgehalt untersucht und die Zahlen dieser Untersuchung publik gemacht werden. Angeblich ist es den Antragstellern einmal um den guten Ruf und zum anderen um den Schutz der Konsumenten zu tun. In Wirklichkeit aber will man dadurch jeden Brauer zwingen, hochwertige Biere zu brauen, auch die kleinen Landbrauer, die Biere mit weniger Extraktgehalt herstellen und dieselben sehr billig, 15 bis 20 Pf. pro Liter, zum Anschau bringen lassen. Auch hier steht der Gedanke im Vordergrund, das Gesetz so zu gestalten, daß jeder Brauer unbedingt abwälzen muß.

Die Veröffentlichung des Extraktgehaltes wäre für die kleinen Brauer der Ruin. Sie müßten in kurzer Zeit der Konkurrenz der Mittel- und Großbrauer unterliegen. Die Redner der sozialdemokratischen Fraktion, die Genossen Harcher und Hochhaupter sprachen sich darum gegen die Deklarationspflicht aus. Sie betonten, daß die Güte des Bieres nicht allein vom Extraktgehalt desselben, sondern noch von einer Reihe anderer Dinge abhängt und daß dem Publikum die Freiheit erhalten bleiben müsse, Bier nach seinem Geschmack zu trinken.

Trotz des Widerspruchs des Finanzministers wurde die Deklarationspflicht vom Haupte beschlossen. Abgelehnt dagegen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ein von diesen gestellter Antrag, der den durch den Konsumrückgang arbeitslos gewordenen Brauereiarbeitern eine Entschädigung garantieren wollte. Man tröstete sich auf der bürgerlichen Seite mit dem Gedanken: Es wird so schlimm nicht werden, und wenn auch einige zur Entlassung kommen, so werden dieselben als kräftige Leute bald andere Arbeit finden!

Bei der namentlichen Abstimmung wurde, wie bereits berichtet, das Gesetz mit 82 gegen 42 Stimmen angenommen. Unter den „Reinsägern“ befinden sich zahlreiche Versprengte aus allen Parteien und die sozialdemokratische Fraktion geschlossen.

Der Pofener Freisinn und der Wahlrechtskampf.

Die Vertikungen des Pofener Zoologischen Gartens, die aus dortigen freiwilligen Stadtverordneten besteht, lehnte als Besiegerin der Anschlagläusen die Befamimachung der Wahlrechtsversammlungen am letzten Sonntag ab. Die Plakate und die Begabung wurden unseren Genossen wieder zurückgestellt mit der Nachricht, daß man sich darüber auf dem Polizeibureau erkundigt habe und dieses die Veröffentlichung nicht wünsche. Allerhand Achtung vor diesen Kämpfern!

Wegen des heiligen Nock von Trier.

Die Stuttgarter Strafkammer hat heute den Negator und Komiker Dann Girtler wegen Vergehens wider die Religion zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Straftat wurde in zwei Vorträgen erledigt, die Girtler in Stuttgart gehalten hat, in denen eine Kritik am Papsttum und am heiligen Nock von Trier geübt wurde.

Ein traffer Fall von Soldatenmißhandlung.

Wegen zahlreicher teilweise äußerst roher Soldatenmißhandlungen hatten sich der 19 Jahre alte Fähnrich Ludwig Füllgel bei der 10. Kompagnie des 2. Infanterieregiments vor dem Kriegsgericht der 1. Division in München zu verantworten. Der Angeklagte kam im Juli v. J. von Kadettenkurs zum Regiment. Im Herbst wurde er mit der Ausbildung der Rekruten betraut, wobei er sich insbesondere an dem Infanteristen Pfaffeneder verging. Am 19. November vorigen Jahres exerzierte Pfaffeneder nicht zur Zufriedenheit des Fähnrichs. Zur Strafe ließ er ihn gemeinsam mit einem anderen Mann Lauffschritt machen. Pfaffeneder war schon ermüdet, bekam auch Seitenstechen und konnte infolgedessen nicht so schnell gehen wie sein Kamerad. Der Fähnrich nahm ihn jetzt von der Abteilung weg und führte ihn zu dem auf der anderen Seite des Kasernenhofes liegenden Laufgraben. In diesen 2 Meter tiefen Graben mußte der Mann hineinspringen und nun befahl ihm der Angeklagte, er solle fortgesetzt sich hinlegen und wieder aufstehen. Pfaffeneder befolgte diesen Befehl, bis er vollständig erschöpft war und zwar betari, daß er gar nicht mehr allein aus dem Graben herauskam, der Fähnrich mußte ihn herausziehen. Mit den Worten: „Wenn Sie sich was merken lassen, werde ich Ihnen kommen“, wurde er dann entlassen. Durch diese Ueberanstrengung erkrankte der Infanterist und kam ins Revier. Der Fähnrich begab sich am anderen Tage zu ihm und verlangte, er solle sagen, seine Erkrankung komme vom Lauffschritt machen, denn sonst sei seine (des Fähnrichs) Charge beim Teufel. — Nach einigen Tagen konnte der Mann aus dem Revier wieder entlassen werden und sofort wurde er von dem Angeklagten wieder mißhandelt. Zu einem wahren Marterium wurde für ihn der 30. November. Weil er nach der Ansicht des Angeklagten seine Uniform nicht genügend gepußt hatte, packte ihn dieser morgens 7 Uhr schon bei den Ohren und schüttelte ihn. Bei

den darauffolgenden Übungen auf Oberwiesensfeld gab der Fähnrich dem Pfaffeneder von hinten einen Fußtritt auf das Steißbein, daß nach mehreren Tagen der Arzt noch die blauen Flecken konstatieren konnte. Außerdem packte er ihn an der Nase und versetzte ihm mit dem Gewehrfaßes Stöße auf die Hüfte. Nach Schluß der Übung befahl der Angeklagte: „Heute abend kommen Sie auf mein Zimmer, da komm ich Ihnen.“ Pfaffeneder kam auch und der Fähnrich frug ihn, ob er wieder wie früher bei ihm Suppe sein wolle. Als er das ablehnte, erhielt er zunächst zwei Ohrfeigen, wobei der Angeklagte drohte: „Wenn Sie sich etwas merken lassen, melde ich Sie dem Hauptmann oder Leutnant.“ Zur Befänstigung wollte er dann dem Manne 50 Pf. geben. Der wies das Geld ab und nun packte ihn der Fähnrich beim Gasa, drohte ihm und stieß ihn zwischen dem Bett und der Wand auf den Boden, so daß Pfaffeneder

ohnmächtig und bewußtlos

wurde. Zufälligerweise kam ein Feldwebel in das Zimmer, der mit Hilfe eines herbeigerufenen Sanitätsunteroffiziers sich des Mannes annahm und ihn ins Revier brachte. Als er wieder das Bewußtsein erlangt hatte, suchte ihn der Fähnrich auf und forderte ihn auf, er solle sagen, „er habe einen Unfall gehabt“. Ruher den bereits angeführten Mißhandlungen ließ sich der Angeklagte gegenüber dem Pfaffeneder in noch zahlreicheren Fällen folgendes zusehnen kommen: Er packte den Mann bei jeder Gelegenheit am Ohr, rollte über drehte das Ohr läppchen nach innen, kniff es und rief daran, so daß dieser wiederholt vor Schmerz laut aufschrie. Bei diesen Manipulationen trat er ihn des öfteren am Ohr, so daß der Mann wunde Stellen bekam. Verschiedenemale packte er ihn auch an der Brust und versetzte ihm mit der Faust beim. Mit den Fingerringen schlug er auf den Hinterkopf. In ähnlicher Weise behandelte er die übrigen Leute seiner Abteilung. Dem Infanteristen Bauer gab er Fußtritte auf die Schienbeine. Den Infanteristen Brandstetter packte er wiederholt in der geschicktesten Weise an den Ohren, außerdem versetzte er ihm mit der Stiefelspitze Stöße auf die Fußknöchel. Auch der Infanterist Kimmüller wurde an den Ohren gefaßt und auf das Schienbein getreten. Der Angeverreter gehob in scharfen Worten das geradezu unerhörte Verhalten des Angeklagten und beantragte 4 Monate Festungshaft und Degradation. Das Kriegsgericht verurteilte den Fähnrich Füllgel zu 6 Monaten Festungshaft. Von einer Degradation wurde nur mit Rücksicht auf die Jugend des Angeklagten abgesehen! —

Das Urteil ist ganz unbegreiflich. Ein solcher Vorkämpfer hätte unbedingt aus dem Offiziersstande ausgestoßen werden und statt mit Festung mit schwerer Gefängnisstrafe belegt werden müssen.

Solche Fälle beweisen außerdem immer wieder von neuem, wie notwendig für die Soldaten das Recht auf Rotwehr ist!

Oesterreich.

Erkrankung des Wiener Bürgermeisters.

Wien, 18. Februar. Bürgermeister Dr. Burger, der seit Jahren schwer zuckerkrank ist, mußte sich einer eingreifenden Operation infolge Zellgewebsentzündung unterziehen. Nach der Operation zeigte sich großer Schwächezustand, weshalb Sauerstoffinhalationen vorgenommen werden mußten.

Frankreich.

Die Schwierigkeiten mit Marokko.

Paris, 18. Februar. Eine offizielle Mitteilung bestätigt, daß das Ministerium des Reichens angesichts der Haltung Mulay Hafids eine Reihe von Maßnahmen ins Auge gefaßt habe, die gegebenenfalls in allmählich fortschreitender Weise ergriffen werden sollen. Zunächst soll Mulay Hafid neuerdings aufgefordert werden, die Antwort betreffend das jüngst von El Mokri unterzeichnete französisch-marokkanische Abkommen zu erteilen. Diese Aufforderung werde in einigen Tagen nach Madrid gelangen, so daß man über die Bestimmung des Sultans erst in zwei Wochen Klar sein dürfte. Wenn Mulay Hafid dann noch Schweigen beobachten oder erklären sollte, er lehne das Abkommen ab, werde man zu gewissen Zwangsmahregeln schreiten, unter anderem wie schon gemeldet, die Beschlagnahme der Extragnisse aus den Zöllen vornehmen und gleichzeitig die französische Kolonie in Fes in Sicherheit bringen. Selbstverständlich würden die fremden Mächte von den beschlossenen Maßnahmen nach deren Ausführung verständigt werden. Aber es erscheint sehr wahrscheinlich, daß die Zustimmung Mulay Hafids binnen kurzem erfolgen und es dann überflüssig sein werde, zu Repressalien zu greifen.

Belgien.

Um die freie Schule.

Brüssel, 18. Februar. In der heutigen Kammer Sitzung hielt Genosse Vandervelde eine große Rede, in der er die liberale Politik der Schulverfassung heftig angriff und die Weltlichkeit der Schule forderte. Nach ihm sprach in gleichem Sinne der Liberale Raillon. —

Spanien.

Republikanisch-sozialistisches Protestmeeting.

Madrid, 18. Februar. Das Komitee des republikanischen und sozialistischen Verbandes veröffentlicht einen Aufruf an die Bevölkerung, worin diese ersucht wird, der Massenversammlung beizuwohnen, welche für nächsten Sonntag einberufen ist, um gegen die gegenwärtigen eigentümlichen Ministerkrisen zu protestieren. Der Aufruf verlangt die sofortige Wiedereröffnung der Schulen, welche geschlossen worden sind, sowie Niederschlagung aller Prozesse, welche wegen Freidenkertums angestrengt worden sind, ebenso die sofortige Freilassung aller aus diesem Grunde verhafteten Personen. Die Kundgebung weist ferner auf die Notwendigkeit hin, die Weltlichkeit des Schulunterrichts einzuführen. —

Indien.

Der Aufstand.

Mahabab, 18. Februar. Wie am 14. d. M. gemeldet waren 120 Mann Polizeitruppen nach dem Aufstandsgebiet im Basalenstaate Vastar, Zentralprovinzen von Britisch-Indien, aufgebracht. Die beiden Vorgesetzten dieser Mannschaften haben sich am 16. d. M. nach Jagdalpur, dem Zentrum des Aufstandes, begeben. Als die Eingeborenen der Truppe beim Ueberqueren eines flusses Widerstand leisteten, wurden fünf von ihnen getötet. Heute kommt aus Jagdalpur die Nachricht, daß der Ort von Tausenden von Eingeborenen umzingelt ist, deren Zahl sich täglich mehrt. Die Polizeitruppe wird nunmehr ebenfalls in Jagdalpur einrücken, auch Militär ist requiriert worden.

Parlamentarisches.

Die Wohnungsgeldfrage der preußischen Beamten.

Im preußischen Finanzministerium wird zurzeit an der Fertigstellung einer Novelle gearbeitet, durch die die Wohnungsgeldzuschüsse für die preußischen Beamten entgültig geregelt werden sollen. Der Finanzminister hat Mitglieder aller Parteien des preußischen Landtages zu einer Besprechung über diese Materie nach dem Finanzministerium eingeladen. Für die sozialdemokratische Fraktion nimmt Genosse Girch an den Verhandlungen teil.

Gewerkschaftliches.

Christliche Verkleisterungsverfuche.

In der in München erscheinenden ultramontanen Wochenschrift „Allgemeine Rundschau“ (Nr. 8 vom 17. Februar 1910) berichtet Clemens Graf von Galen über den gegenwärtigen Stand der Vereinigungsbestrebungen zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen. Er behauptet, die beiden Richtungen in den katholischen Arbeiterkreisen seien sich einig unter anderem auch über folgenden Grundsatz:

„Die Entscheidung, ob die bestehenden oder zu gründenden Berufsorganisationen unter den jeweiligen örtlichen Verhältnissen durch ihre Zusammenfassung ausreichende Garantien (dass die religiös-moralischen Grundsätze des katholischen Glaubens durch ihre Beschlüsse und Maßnahmen nicht verletzt werden) bieten, steht definitiv den Bischöfen zu; und jeder katholische Arbeiter und Arbeiterfreund ist im Gewissen verpflichtet, sich praktisch nach der Entscheidung des Ortsbischofs zu richten.“

Wenn Graf Galen hier nicht gesunken hat, dann sind die christlichen Gewerkschaftsführer wieder einmal zu Kreuze gekrochen. Seit dem internationalen Kongress (christlicher Arbeiterorganisationen) in Zürich haben diese wiederholt erklärt, daß die Bischöfe den christlichen Arbeitern wegen ihrer wirtschaftlichen Organisationen nichts drein zu reden haben.

„Wo es sich um rein wirtschaftliche Dinge handelt, hat der Bischof kein Recht, ein Wort zu sprechen.“

So erklärte Schiffer's 1908 in Zürich und dieses Wort ist seither in unzähligen Variationen wiederholt worden. Auch nach der Publikation des letzten Pamphlets des gegenwärtigen Papstes an den Führer der katholischen Berufsorganisationen in Italien wurde von der christlichen Gewerkschaftspresse gesagt, dieses Schreiben könne für die christlichen Gewerkschaften in Deutschland nicht maßgebend sein.

Und nun auf einmal sollen — nach der Behauptung des Grafen Galen — auch die christlichen Gewerkschaften damit einverstanden sein, daß die Bischöfe darüber zu befinden haben, ob gemischte oder konfessionelle Vereinigungen am Platze seien. Die christlichen Gewerkschaften dürfen also nur dort arbeiten, wo es ihnen der Bischof gestattet. Das wäre somit der Zustand, den die christlichen Führer in Dutzenden von Reden und Zeitungsaufstellungen als unmöglich bezeichnet haben.

Graf Galen bemerkt übrigens, der oben zitierte Grundsatz habe selbstverständlich auch für andere wirtschaftliche Organisationen der Katholiken „unter Berücksichtigung ihrer Eigenart“ Geltung. Es wäre gut, wenn Graf Galen deutlich sagen möchte, welche „Eigenart“ besondere Berücksichtigung finden sollen. Wie steht es insbesondere mit den Arbeitgeber-Organisationen?

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kohleleger und Hefser! Bei der Firma Hilbert u. Gannemann, Jnh. Gilmann, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb sowie folgende Bauten sind gesperrt: Schönhauser Allee 138; Weikensee, Gölbersstr. 29, Landsdamer Str. 2, und Eisenbahnstraße. Wir ersuchen, diese Bauten streng zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Kampf im deutschen Steinbrudergewerbe.

In unserem letzten Bericht wiesen wir darauf hin, daß die Differenzen in München beigelegt seien. Es wurde dort ein Vertrag über Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen, in dem unter anderem die tägliche Arbeitszeit für Lithographen 8 Stunden, für Steinbruder und das übrige Personal 9 Stunden, Sonnabends aber nur 8 Stunden beträgt. Der Mindestlohn beträgt für Lithographen und Steinbruder im ersten Gehilfenjahre 22, im zweiten 24, im dritten 26 und im vierten 28 M. Auch die Löhne der Buchbinder und des Hilfspersonals wurden auf Grund der Anträge der Arbeiterschaft mit geringen Abweichungen bewilligt. An Heberstunden dürfen von einer Person mehr als 2 täglich und mehr als 80 im Jahre nicht verlangt werden; der Zuschlag dafür beträgt in der Woche 25, für Sonn- und Feiertagsarbeit 75 Proz.

Für Bronzierarbeit wird eine Extraentschädigung von 25 Proz. gezahlt. Die Bezahlung von 10 gesetzlichen Feiertagen wird durchgeführt; außerdem werden für die in München geltenden nichtgesetzlichen Feiertage einschließlich an die Oster- und Pfingstfeiertage oder zwischen dem Himmelfahrt- und Frohnleichnamstage und den darauffolgenden Sonntagen zwei freie Arbeitstage gewährt.

§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird anerkannt. Die Kündigung beträgt 14 Tage. Die Verklingskala läßt auf je 4 Gehilfen einen Gehilfen zu. Der Arbeitsnachweis der drei Verbände wird anerkannt und soll in erster Linie benutzt werden.

Dieser allgemeine Lohn- und Arbeitsvertrag gilt für alle Schuhverbandsfirmen in München und zwar mit vierwöchentlicher Kündigung. In Streitfällen wird das Gewerbegericht als unparteiische Instanz angerufen.

Nachdem dieser Abschluß erfolgt war, waren für den Schuhverband Deutscher Steinbrudereibesitzer die Ursachen einer event. Aussperrung in ganz Deutschland beseitigt, weshalb die bereits ausgesprochenen Kündigungen in ganz Bayern zurückgezogen wurden und die für den 12. Februar in Aussicht genommenen Kündigungen im übrigen Deutschland wurden von den Schuhverbandsfirmen nicht ausgesprochen. Es blieben jedoch noch schwerwiegende Differenzen zu schlichten über die Normalarbeitsordnung, die der Schuhverband Deutscher Steinbrudereibesitzer in ganz Deutschland zur Einführung bringen wollte. Ueber den Inhalt dieser Arbeitsordnung haben wir schon berichtet. Die Arbeiterschaft in ganz Deutschland ist über diese Arbeitsordnung so erregt, daß sie z. B. in Nürnberg, Würzburg, Bielefeld, Schwabach, Leipzig usw. mit der Zurücknahme der Kündigungen seitens der Arbeitgeber nicht einverstanden erklärt, solange nicht ein positives Resultat der Verhandlungen über dieselbe vorliegt. Auch den in München getroffenen Vereinbarungen des Schuhverbandes mit den in Betracht kommenden drei Verbänden sollten diese Verhandlungen in Berlin fortgesetzt und am Donnerstag, den 17. Februar, beendet sein.

Das Resultat dieser Verhandlungen liegt nunmehr vor. Die unterzeichneten Vertreter des Schuhverbandes Deutscher Steinbrudereibesitzer gaben folgendes zu Protokoll:

„Der Ausschuss des Schuhverbandes hat heute beschlossen, die streitige Arbeitsordnung des Schuhverbandes (siehe Anlage) zurückzuziehen und an deren Stelle die alten Arbeitsordnungen ergänzt durch die infolge der Gewerbeordnungsnotelle notwendigen Abänderungen zur Wiedereinführung zu bringen.“

Berlin, den 17. Februar 1910.

gez.: Paul Wandisch, Dr. Hagedorn, Carl Heymann, Dr. Wagner. Die unterzeichneten Vertreter des Seneferbundes erklären die Regelung der täglichen Arbeitszeit von 9 bzw. 8 Stunden für Steinbruder und Lithographen, wie sie in den Abmachungen von 1908 zwischen dem Schuhverband Deutscher Steinbrudereibesitzer und dem Seneferbund vereinbart worden sind, für verbindend. In Anbetracht der durch die Bestimmungen der Gewerbeordnungsnotelle hervorgerufenen besonderen Umstände erklären die unterzeichneten Vertreter der drei Arbeiterverbände dafür einzutreten:

1. daß gegen die zur Einholung der am Sonnabend, sowie an den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage in der streitigen Arbeitsordnung oder in einem Nachtrag bereits getroffenen Bestimmungen sowie gegen die tatsächlich bereits erfolgte Einholung der Arbeitszeit irgendwelche Schwierigkeiten nicht gemacht werden;

Berantw. Redakt.: Richard Berth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: G. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

2. daß in den beteiligten Betrieben des Schuhverbandes die früheren normalen Arbeitsverhältnisse wieder eintreten. Diese Vereinbarungen treten unbeschadet der gesetzlichen Vorschriften über das Inkrafttreten der Arbeitsordnung sofort in Wirkung.

Berlin, den 17. Februar 1910.

Für den Seneferbund: gez.: Otto Sillier, Herm. Müller.

Für den Buchbinder-Verband: gez.: Emil Klotz.

Für den Hilfsarbeiter-Verband: gez.: J. Wucher.

Hiernach würde nun der Friede im deutschen Steinbrudergewerbe wieder hergestellt sein; und es bleibt nunmehr abzuwarten, welche Stellung die Arbeiterschaft zu obigen Abmachungen einnehmen wird. Der Arbeitgeberschutzverband hat sich verneinet; die Einigkeit der Arbeiterschaft vermochte es, daß er seine so schon ausgedachte Arbeitsordnung — allgemein Zuchtordnungsordnung genannt — einfach ganz zurückziehen mußte, und mit diesem Erfolg kann die organisierte Arbeiterschaft sehr zufrieden sein.

Ein christlicher Straßenbahnboikott.

Die christlichen Straßenbahner in Breslau sind auf ganz plötzliche Weise zu der Erkenntnis gekommen, daß die von ihnen gepredigte Humanitätsbusel nichts wie überflüssiger Dampf ist. Sie haben sich, nachdem man sie durch Drohungen vom Transportarbeiterverbände ferngehalten, zu einem großen Teile dem christlichen Verbände angeschlossen; aber dabei vergessen, daß dem Kapital der christliche Mahner fast ebenso unangenehm ist, als der sozialdemokratische. Als nun die jung Organisierten anfangen, ihre jämmerliche Lage zu erkennen, als sie sich gegen allzu dreiste Zumutungen in bezug auf lange Arbeitszeit zur Wehr setzen, als sie erklären, mit einem Lohn von 106 Mark nach 20jähriger Dienstzeit nicht mehr auskommen zu können, wurden plötzlich 12 Angestellte der Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft auf Pfaster geworfen! Das Leib- und Magenorgan der Christlichen, die katholische „Schlesische Volkszeitung“, wagte kein Wort der Kritik, worauf die Straßenbahner sich in einem Flugblatt an die Bevölkerung wendeten, worin sie schwere Anklagen gegen die Direktion erhoben und das Publikum ersuchen, die Linien 1—9 dieser Gesellschaft zu boykottieren. Das ist nun den christlichen Führern sehr unangenehm, denn nun können sie doch den Vorwurf, die sozialdemokratischen Gewerkschaften „terrorisierten durch Boykott“, nicht mehr erheben. Die freien Gewerkschaften sehen der Entwicklung dieses für Breslau ganz neuen Kampfes mit großem Interesse entgegen.

Bestrafte Scharfmacher-Klären.

Wie wir seinerzeit berichteten, wurde beim Gewerbegericht Lechhausen vor einiger Zeit eine Massenklage anhängig gemacht. Infolge des Streiks in einer Abteilung der Glühfodenfabrik Lechhausen hatte die Direktion die Arbeitszeit in den anderen Abteilungen bis auf die Hälfte eingeschränkt, ohne die Arbeiter davon vorher in Kenntnis zu setzen. Die Arbeiter erlitten dadurch unverschuldet einen ganz erheblichen Verdienstausfall, weshalb 309 im Betriebe beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen die Firma auf Zahlung des ihnen auf diese Weise entgangenen Verdienstes verklagten. Nach wiederholter Vertagung kam die Klage nunmehr vor dem Gewerbegericht in Lechhausen zur Entscheidung. Da die Rechtslage in allen Fällen gleich war, wurde ein Fall herausgegriffen, der dann für sämtliche Klagen entscheidend sein soll. Das Gewerbegericht verpflichtete die beklagte Firma zur Zahlung der Entschädigung, und zwar für 17 Tage entgangenen Lohnes. Aus der Urteilsbegründung sei angeführt:

„Die §§ 615, 293 und 324 des Bürgerlichen Gesetzbuches besagen, daß der Arbeiter von dem Arbeitgeber die vereinbarte Vergütung verlangen kann, wenn der Dienstberechtigte (Arbeitgeber) mit der Annahme der Dienste in Verzug gerät. Der klare Wortlaut des Gesetzes läßt erkennen, daß der Arbeitgeber auch zahlen muß, wenn er unverschuldet in Verzug gerät. In diesem Falle habe aber die Firma die Schuld zu tragen, da sie durch ihr Verhalten den Streik in der Pumphation herbeiführt hat. Eine Betriebsstörung lag auch nicht vor, da ein partieller Streik eine solche nicht darstellt.“

Am gleichen Tage kam auch die Klage von 24 streikenden Arbeitern der Pumphation gegen die gleiche Firma zur Verhandlung. Die Leute hatten wegen Lohnreduktion und Wahrungelung die Arbeit eingestellt. Die Firma hatte sich nun geweigert, den als Kaution einbehaltenen Lohn von drei Tausend herauszugeben, weil die Streikenden kontrahäufig geworden seien. Auch in diesem Fall entschied das Gericht zugunsten der Kläger. Es stellte fest, daß die Kläger nicht kontrahäufig geworden seien, die Firma durch ihr Verhalten vielmehr den Streik verschuldet habe, weshalb die zurückbehaltenen Löhne herausbezahlt werden müssen. Die Gesamthöhe der Streitsumme in den vorliegenden Fällen dürfte sich auf etwa 5500 M. belaufen.

Der Schmiedeverband im Jahre 1909.

Die Entwicklung des Verbandes kann angefaßt der Tatsache, daß im Jahre 1909 die Krise noch nicht gänzlich überwunden war, als befriedigend bezeichnet werden. War die Zahl der Aufnahmen schon um einiges höher, so steigerte sich auch die Zahl der Mitglieder dementsprechend, und zwar von 14 498 im Jahre 1908 auf 15 100 im Berichtsjahre. Zur Erhaltung der Mitgliederzahl und für die geringe Steigerung derselben wird das Bestehen der Arbeitslosenunterstützung als wesentlich helfend bezeichnet. Die Ausgaben dafür waren im Berichtsjahre noch erheblich höher als im Vorjahre, wurden doch beinahe 92 000 M. dafür verausgabt, gegen 71 000 M. im Jahre 1908 und gegen nur 23 000 M. im Jahre 1907. Durch Gegenüberstellung der in den einzelnen Quartalen geleisteten Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung ist ersichtlich, daß die Krise im Verufe in erstem Quartale 1909 erst ihren Höhepunkt erreicht hat. Die Ausgaben für Reiseunterstützung und für Krankenunterstützung verringerten sich um etwa 11 000 M., insgesamt wurden über 1/4 Million für Unterstützungs Zwecke aufgewandt. Eine respektable Summe für eine verhältnismäßig kleine Organisation! Fehlen in dieser einseitigen Zusammenstellung über die Entwicklung des Verbandes auch noch nähere Angaben über die Einnahmen, so kann doch schon an den Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen und Eintrittsgeldern eine Zunahme der Einnahmen festgestellt werden. So hat auch der Schmiedeverband in der für die Entwicklung einer Gewerkschaftsorganisation durchaus nicht sonderlich günstigen Zeit sich als leistungsfähige Organisation gezeigt, die die Interessen ihrer Mitglieder wohl zu wahren in der Lage war.

Ausland.

Vermittlung und Schiedsgerichtsverfahren bei Arbeitsfreitigkeiten in Dänemark.

Die beiden von dem dänischen Minister des Innern eingebrachten Gesetzesentwürfe über die Errichtung eines ständigen Schiedsgerichts für Arbeitsfreitigkeiten und über die Anstellung eines Schlichtungsbeamten beschäftigten vom Montag bis zum Mittwoch das dänische Folketing. Es zeigte sich in der dreitägigen Debatte, daß selbst bis in die Kreise der Konservativen starke Sympathien für die beiden Entwürfe vorhanden waren. So sprach der konservative Dr. Birk die Hoffnung aus, daß bei der nächsten großen Massenversammlung, die, wie er meinte, wohl sicher im Jahre 1911 stattfinden werde, eine Schlichtungsinstitution vorhanden sein möge, die den Kampf zum Abbruch bringe, bevor es der Arbeitgebervereinigung gelinge, ihren Weg zu erwidern. — Von den Gewerkschaften sind die beiden Gesetzesentwürfe gutgeheißen worden und demgemäß trat auch die Sozialdemokratie im Folketing dafür ein. Ihr Wortführer Sigwald Olsen sagte in

seiner von gründlicher Sachkenntnis zeugenden Rede u. a.: „Der gewerkschaftliche Kampf kann notwendig werden, und die vorliegenden Entwürfe verbieten ja auch nicht den Kampf. Hier ist nicht die Rede von den sogenannten Zwangsschiedsgerichten aus Australien. Aber alle, die Arbeiter nicht am wenigsten, sind interessiert daran, unnötige Kämpfe zu vermeiden, und dazu kann die Durchführung der beiden Gesetzesentwürfe dienen.“

Das Unternehmertum, dem der wirtschaftliche Friede nicht sehr am Herzen liegt, ist mit der Anstellung eines Schlichtungsbeamten nicht einverstanden, und demgemäß wandten sich auch mehrere konservative und einzelne liberale Abgeordnete gegen eine solche Institution. Aber unser Parteigenosse Hans Nielsen wies auf Grund eines eigentlich nur für die Unternehmer bestimmten Schriftstückes nach, daß innerhalb der Arbeitgebervereinigung eine Kriegspartei von Großindustriellen besteht, die jedes friedliche Uebereinkommen, das den Arbeitern irgendwie zum Nutzen gereichen könnte, zu hintertreiben trachtet. Es heißt in diesem Schriftstück, daß den großen Industrieunternehmungen nicht gedient sein könne mit der ewigen Lust der Handwerksmeister, Frieden zu schließen. Darum soll jedes Uebereinkommen von der Hauptorganisation, das heißt, von den großen Industrieherren, sanktioniert werden. Ein dritter sozialdemokratischer Redner, der neulich erst in das Folketing gewählt wurde, Dr. Gustav Bang, schilderte, antwortend auf einige konservative Angriffe, treffend die bahnbrechende Fortschritt- und Kulturarbeit der Gewerkschaften.

Die beiden Gesetzesentwürfe wurden schließlich einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dachstuhlbrand in der Ritterstraße.

Gestern abend gegen 11 Uhr kam in dem Eckhause Ritterstraße 84/Alexandrinstraße 29a ein großer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Als die Feuerwehr mit mehreren Jüngen anrückte, stand der Dachstuhl schon an beiden Straßenseiten in hellen Flammen. Der Brandmeister ließ daher sofort in der Ritterstraße, wie auch in der Alexandrinstraße mechanische Leitern errichten und mit drei Dampfprisenrohre gegen den Brandherd vorgehen. Der Dachstuhl ist größtenteils vernichtet, auch hat die vierte Etage durch Wasser gelitten. Die Brandursache konnte noch nicht ermittelt werden.

Die Bluttaten der Polizei vor dem städtischen Kollegium.

Neumünster, 18. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute, Freitag abend, stand in dem städtischen Kollegium die Interpellation der drei sozialdemokratischen Stadtverordneten über die Negation der Polizei am Wahlrechtsfest zur Verhandlung. Die Interpellation begründete den sozialdemokratischen Stadtverordnete Rabloff. Er schilderte eingehend die aus der Presse bekannten Vorgänge am Sonntag und brachte die Empörung der Bevölkerung über die sinnlos brutale Säbelmecherei auf wahrhaft friedliche Menschen zum Ausdruck. Er forderte den Rücktritt des Chefs der Polizei, des Stadtrats Rissen und des Polizeikommissars Gutmann, die sich in ihrem Amte vollständig unfähig erwiesen hätten. Die Sozialdemokraten behielten sich vor, bei der Staatsberatung beim Polizeirat entsprechende Anträge zu stellen. Rabloff wurde von seinen beiden Kollegen unterstützt. Die Antwort vom Magistratsrat zeigt, daß auch städtische Selbstverwaltungsorgane an bürokratisch bornierter Anschauung nicht hinter preussischen Ministern zurückstehen. Straßendemonstrationen sind nicht erlaubt und die Polizei hat die Pflicht, sie zu verhindern, das ist der Weisheit letzter Schluß des Oberbürgermeisters und des Stadtrats Rissen. Darum sei nach der Ansicht dieser Herren gerade die Sozialdemokratie die Schuldige des Blutbades. Stadtrat Rissen mußte zugeben, daß er vom Balkon mit seinem Oberquader

den Vorgängen zugehört hatte und sie nicht verhinderte. Er mußte zugeben, daß die Polizei die Massen eingeteilt hatte; aber das war nach seiner Ansicht Pflicht der Polizei, um die Demonstration zu verhindern. Schließlich verschanzte sich der Herr hinter der Ausrede, er sei dem Regierungspräsidenten unterstellt und nicht der Kritik der Stadtverordnetenversammlung. Nur zwei Vertreter der in ihrer Weisheit freisinnigen Versammlung nahmen das Wort, stimmten natürlich den Magistratsworten bei und erklärten, ein richtiger Urteil über die Frage, wer schuldig sei, könne erst gefällt werden, wenn die anhängig gemachten Prozesse entschieden seien.

Die Polizei in Neumünster ist gerichtet in den Augen aller anständigen Menschen. Das ergab die Besprechung der Interpellation und das können alle Tiraden des Polizeimeisters Rissen und des Oberbürgermeisters nicht aus der Welt schaffen.

Bersärfung der Krise.

London, 18. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Lage der Regierung gestaltet sich fortwährend kritischer. Der gestrige Tag war ausgefüllt mit den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Jren. Danach erklärte Redmond, daß die Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien. Die Arbeiterpartei hat nun beschlossen, die Forderungen der Jren, die die Oberhausfrage vor dem Budget erledigt wissen wollen, zu unterstützen und so Asquith zu zwingen, die nötigen Garantien vom König zu erhalten, um die Oberhausfrage der versprochenen Lösung zuführen zu können. Die Regierung muß die Vollmacht erhalten, sofort eine genügende Anzahl neuer Peers ernennen zu können, falls die Lords es versuchen, das Gesetz zu verwerfen, das die Abschaffung des Oberhauses in allen Finanzfragen und die Einschränkung des Vetorechts auf eine Legislaturperiode festlegen soll. Falls Asquith am nächsten Montag, dem Tag der Verlesung der Thronrede, nicht imstande ist, die verlangten Garantien in bestimmter Weise zu geben, so würden die Jren und die Arbeiterpartei mit den Konservativen gegen die Regierung stimmen, die dann natürlich zurücktreten müßte.

Zum Vorsitzenden der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei ist der bisherige stellvertretende Vorsitzende Barnes gewählt worden.

Durch eine Lawine verschüttet.

Penzberg (Oberbayern), 18. Februar. (B. S.) Auf dem Wihelstein waren heute nachmittag sechs junge Leute mit Holzarbeiten beschäftigt, als plötzlich eine Lawine niederging. Alle Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen. Drei konnten sich aus dem Schnee herausarbeiten und machten sich sofort an die Rettung der anderen, die aber nur als Leichen geborgen werden konnten. Die drei Toten sind junge Bannernjöhne im Alter von 20 bis 24 Jahren.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

89. Sitzung. Freitag, den 18. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Dr. Delbrück.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die namentliche Abstimmung über den Toleranzantrag des Zentrums sowie über den Zusatzantrag Albrecht und Genossen (Soz.):

Der Zusatzantrag wird mit 233 gegen 89 Stimmen abgelehnt. Dagegen nur die Sozialdemokraten und Freisinnigen gestimmt.

Darauf wird der Antrag des Zentrums mit 100 gegen 130 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dagegen haben nur die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Polen gestimmt. Es folgt die

Interpellation der Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.):

Was hat den Reichskanzler veranlaßt, in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Februar d. J. Ausführungen zu machen, welche das in der Verfassung des Reiches und mehrerer Bundesstaaten gewährleistete allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen geeignet sind?

Auf die Frage des Abgeordneten Dr. Spaß, ob und wann der Reichskanzler die Interpellation zu beantworten gedenkt, erklärt Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Reichskanzler ist bereit, die Interpellation morgen zu beantworten.

Es wird daher morgen auf die Tagesordnung gestellt werden.

Es folgt die

zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern

mit den dazu gestellten 30 Anträgen.

Die Beratung beginnt mit dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs, 50 000 M.“

Abg. Dr. Meyer-Kaufmann (Z.): Nach Ablehnung der Wahlen- und Wahlverfahren soll die Regierung andere Maßnahmen zum Schutze der kleinen Wähler ergreifen. Was den Haushaltsantrag anlangt, so fällt auf, daß seine Stellungnahme sich fast nur auf die Betonung von Selbstverständlichkeiten beschränkt, die wohl jeder in diesem Hause von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken unterschreiben kann. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn es sich um klare Stellungnahme zu wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen handelt, so liebt der Herr Staatssekretär, im Zentrum, unsere Stellung zum Haushaltsantrag ist eine durchaus ablehnende, soweit es sich um die Mittelstandsfragen handelt, im übrigen eine lässig abwartende. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Delbrück

Hilft zunächst keine noch nicht genügende Detailkenntnis mit seiner kurzen bischöflichen Umschreibung entschuldigen zu wollen. Ein eigentliches Programm zu entwickeln erlaubt sich für mich. Die Vahnen der deutschen Sozialpolitik sind fest abgesteckt und von der Persönlichkeit des jetzigen Amtsinhabers unabhängig. Aber als neuer Mann in diesem wichtigen Amte darf ich mir doch wohl einige Bemerkungen gestatten.

In die Stelle des politischen Interesses ist seit einigen Jahrzehnten das soziale Interesse getreten, das sich mächtig nicht bloß in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft geltend macht. Man kann von einer Entwicklung zum Sozialismus sprechen. Die industrielle Entwicklung hat die soziale Gesetzgebung in den Vordergrund gedrängt und auch die Tätigkeit des Reichstags in den letzten Jahrzehnten bederrscht. Diese Entwicklung und diese Gesetzgebung sind noch keineswegs abgeschlossen.

Die Industrialisierung ist nicht spurlos vorübergegangen an älteren Erwerbsständen. Zusammen mit der Weltkonjunktur fürchte sie zeitweise die Landwirtschaft in schwieriger Lage, um so mehr, als sich diese zeitweise noch im Uebergang von der Natural- zur Geldwirtschaft befand (Sehr richtig! rechts.) und vielfach des Nützlings launischer Auszubehrer unterworfen. Die Gesetzgebung war genötigt, die Interessen der Landwirtschaft zu pflegen und ich glaube sagen zu können, daß diese gesetzgeberische Arbeit zugunsten der Landwirtschaft nicht vergebens gewesen ist. (Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Ebenfalls von teilweise sehr verhängnisvollen Folgen war die Industrialisierung für jene Schichten begleitet, die man gemeinhin den Mittelstand nennt. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Der Mittelstand sieht sich sozusagen von rechts und links, von oben und unten angegriffen. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Unsere Handelspolitik hatte auf eine sorgfältige

Verständigung aller Interessenten Bedacht zu nehmen. Den Anstoß zu unserer Zollpolitik und unseren Handelsverträgen hat nicht die Landwirtschaft, sondern die Bedürfnisse unserer Industrie gegeben.

Die Aufgaben, die ich eben skizziert habe, werden in der nächsten Zeit jeden Staatsmann beschäftigen. Von allen Fragen hat keine solche Stoffkraft entwickelt wie die Sozialpolitik, nicht bloß deswegen, weil die Arbeiter es verstanden haben, sich innerhalb und außerhalb dieses Hauses eine wirkungsvolle Vertretung zu schaffen, sondern weil in diese Fragen das deutsche Volk die Summe seines ganzen Idealismus hineinlegt. Der sozialistische Zug, von dem ich gesprochen, geht auch durch unsere Wissenschaft, unsere schöne Literatur, durch das gesamte Bürgertum. Überall finden wir denselben Drang, sich sozial zu betätigen. So lange dies so bleibt, wird niemand daran denken können, unserer Sozialpolitik andere Richtlinien und ein anderes Gepräge zu geben. Deshalb ist es uns auch gelungen, auf sozialpolitischem Gebiete Einrichtungen zu schaffen, deren Leistungen weit über das hinausgehen, was andere Länder zu leisten imstande gewesen sind. Aber eins ist und nicht gelungen; wir haben nicht die tiefe Kunst zu überbrücken vermocht, welche die wirtschaftlichen Kämpfe gerissen haben und die das deutsche Volk in zwei Teile teilt. Bei allen Versuchen, und sozial zu betätigen, werden wir uns bewußt bleiben müssen, der Tendenz, zusammenzuführen und nicht zu trennen, zu versöhnen und nicht zu ergänzen. (Sehr gut! rechts und im Zentrum.) Diese Trennung des Volkes, die die sozialpolitischen Kämpfe gebracht haben, ist ein Schade für unser Volkstleben. (Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Liberalen.) Ein großes Volk aber hat unvergängliche Bestimmungen zu wahren, und das ist nur möglich, wenn es gelingt, das ganze Volk um den Kampf um diese unvergänglichen Bestimmungen zu führen.

Es hat sich gezeigt, daß in unserer Landwirtschaft stützliche und materielle Werte liegen, die das deutsche Volk nicht vergessen darf. Auch unsere Industrie, insbesondere die Eisen- und Textilindustrie, hat sich glänzend entwickelt. Diese glänzende Entwicklung der Industrie hat bis zu einem gewissen Grade den Blick getrübt für die Gefahren, die für die Zukunft unserer Industrie und den damit unmittelbar zusammenhängenden Handel in dieser eigenartigen Entwicklung liegen.

Das Reich muß mit sorgendem Auge darüber wachen, daß die stolze Entwicklung unserer Industrie, die die Grundlage für unsere Kriegsbereitschaft bildet, von deren Aufrechterhaltung und Fortführung von Millionen von Arbeitern abhängt, keinen Schaden erleidet. Das Reichsamt des Innern hat unter der Leitung meiner Amtsvorgänger in strenger Wahrung seiner verfassungsmäßigen Stellung, in Einklang mit dem Reichstag, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen gesucht. Ich werde mich bemühen, auf den Wegen meiner Vorgänger fortzuwirken und die schaffenden Kräfte aller Parteien zu positiver Arbeit um mich zu sammeln. Gedeihliche Arbeit ist nur möglich, wenn die Parteien des hohen Hauses Hand in Hand mit den Verbänden der Regierungen arbeiten, nicht aber den Schwerpunkt, der in der verfassungsmäßigen und historischen Stellung der Bundesregierungen liegt, zu verschieben trachten. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Pauli-Potsdam (L.): Wir sind dem Staatssekretär dankbar für die warmen Worte, die er für den Mittelstand gefunden hat. Stolz sind wir auch auf unsere Sozialpolitik, in der wir mehr geleistet haben als jedes andere Land. Leider ist es uns nicht gelungen, wie der Staatssekretär hervorgehoben hat, die Kunst zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu überbrücken. Aber daran sind wir nicht schuld; wir Handwerker haben oft genug die Hand geboten, aber freiz ist sie zurückgefallen worden. Zu der Handelspolitik stimme ich mit dem Vordränger aus dem Hause überein; die rettende Hand des Haushaltsbeschlusses lehnen wir ab; der Haushaltsantrag hat wohl Geld, aber Leiste stehen nicht hinter ihm.

Konvention ist eine bessere Abgrenzung zwischen Handwerk und Fabrik; die besseren, größeren Betriebe dürfen nicht der Organisation des Handwerks entzogen werden. Die Arbeitszeit sollte auf keinen Fall unter 9 Stunden verringert werden; dazu liegt kein Bedürfnis vor. Mit paritätischen Arbeitsnachweisen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht, die Arbeitsnachweise sollten vielmehr von den Kommunen errichtet werden unter dem Vorbehalt eines unparteiischen Beamten. Herr Kaufmann sprach im Dezember über diese Frage mit großem Idealismus. — Ich habe Leute mit Idealen gern. (Große Beifall.) Aber seine Theorien werden an der rauhen Praxis bald zerschanden werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Fischer (Soz.):

Die Rede des Herrn Staatssekretärs hat wenigstens das eine Gute gehabt, daß sie bewies, daß zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Innern die einmal im Gegensatz zu den Zeiten der Finanzreform eine gewisse Homogenität besteht, wenigstens in-

sofern, als beide ihr Regierungsprogramm in einer Art philosophischen Mantel kleiden. Die Rede des Herrn Staatssekretärs hätte ebensogut beim Festsitzen des Landwirtschaftsrats wie im Reichstage gehalten werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die größte Strafe, die den Herrn Staatssekretär wegen dieser Rede getroffen hat, war, daß Herr Pauli erklärte: wenn er an der Stelle des Staatssekretärs stände, hätte er sie genau so gehalten. (Heiterkeit.) Die Quintessenz der Rede des Herrn Staatssekretärs war, als er ausführte, die Ziele der Regierung seien in den letzten Jahrzehnten in der Sozialpolitik so fest gesteckt gewesen, daß kein Staatssekretär ungeachtet von dieser Bahn abweichen könne:

Es bleibt alles beim Alten!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er sprach dann weiter so gar von einem „sozialistischen“ Zug, der das ganze wirtschaftliche Leben durchziehe. Ich war allerdings verwundert, daß man von dieser Stelle aus von einem sozialistischen Zug in h y m p a t i s c h e m Sinne reden dürfe. Aber wenn ich den Herrn Staatssekretär richtig verstanden habe, hat er den Begriff „sozialistisch“ etwas selbstherrlich angewendet und ganz übersehen, daß er einen historisch gewordenen festen Inhalt hat. Er hat ihn gleichbedeutend genommen mit der Tendenz des Kapitals zur Konzentration.

Das ist ja das Wesen des Kapitals, daß es all' die Elemente elementiert, die seiner Konzentration entgegenstehen. Also was der Herr Staatssekretär „sozialistisch“ genannt hat, ist das, was wir kapitalistisch nennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freilich hat er auch davon gesprochen, daß wir in Deutschland vor einer zunehmenden Industrialisierung stehen. Ganz richtig, nur verstehe ich dann den Standpunkt nicht, den er weiter in seinen Ausführungen eingenommen hat. Wenn Deutschland auf dem Wege ist, aus einem Agrarstaat ein Industriestaat zu werden, so bedeutet das doch nichts anderes, als daß die ganzen wirtschaftlichen Grundlagen des Deutschen Reiches sich in den letzten 30, 40, 50 Jahren vollkommen verändert haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann der Herr Staatssekretär aber dann sagen: Wir sind noch dieselben politischen Grundzüge maßgebend, die vielleicht angebracht sein konnten zu einer Zeit, da Deutschland ein überwiegend agrarisches Land war! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär sprach davon, daß der Mittelstand von rechts und links durch die Entwicklung zerrieben werde und daß gerade im Mittelstand die Regierung und die Parteien den wichtigsten Bestandteil des Staates sähen. Nun, diese Entwicklung über den Mittelstand hinweg ist einfach eine Tatsache, die von dem Willen der Parteien ganz unabhängig ist; sie durch gesetzgeberische Maßnahmen aus der Welt schaffen wollen, heißt einem Phantom nachjagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als der Herr Staatssekretär von der Industrie sprach, hatte ich den Eindruck, als wenn er sich gleichsam entschuldigen wollte: Bitte, verzeiht Ihr Herren Agrarier und Handwerker, daß die Industrie auch noch da ist und die Regierung bis zu einem gewissen Grade auf die Industrie Rücksicht nehmen muß. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich fürchte, er wird — ebenso wie der Herr Reichskanzler bei seiner Rede über die Stellung zu den süddeutschen Staaten — genötigt sein, für seinen philosophischen Exkurs in einer weiteren Rede erst einen Kommentar zu geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn ich habe die Empfindung, er hat die Dinge in einer Weise vorgetragen, daß jeder sich dabei etwas denken konnte, aber schließlich jeder vielleicht etwas anderes. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Trotz aller seiner „sozialistischen“ Redensarten und trotzdem er von der Industrie, der Landwirtschaft, dem Kleinergewerbe usw. sprach, hat er von der Arbeiterklasse kein Wort

gesprochen, kein Wort von ihren Forderungen und der Stellung der neuen Regierung zu diesen Forderungen der Arbeiterklasse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß hat er davon gesprochen, daß es bisher nicht gelungen sei, die Kunst zu überbrücken, die sich heute in der Gesellschaft aufgetan habe. Aber trägt nicht die Regierung einen gewissen Teil der Schuld daran? Die Regierung hat sich ja doch immer nach den Vorschriften des Zentralverbandes der Industriellen gerichtet. Ueber

die Dränge des Zentralverbandes

sind die Herren v. Berlepsch und auch Graf Pofabowsky gestolpert. In den letzten Tagen hat das Verhältnis der Regierung zum Zentralverband noch einen besonders demütigen Stempel erhalten. Während bisher die Unternehmerorganisationen sich darauf beschränkten, aus den Ministerien einzelne Kräfte, die sie für ihre Zwecke besonders tauglich hielten, herauszulassen, sehen wir jetzt, daß der Vorsitzende des Zentralverbandes der Industriellen in das Reichsversicherungsamt — in die „Firma“, wie Herr Ullmann gesagt hat — berufen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als Herr v. Beth-

Kleines Feuilleton.

Die Eröffnung des englischen Parlaments. Das Parlament wurde am 15. Februar eröffnet und zwar mit all jenen Zeremonien und alten Bräuden, die dabei herkömmlich sind. Den fremden Zuschauern fehlt es in Erläuterungen, wie sich ein großes und vorwärts schreitendes Volk diesen altertümlichen Nummernschau noch gefallen läßt. Wüßte man nicht, daß das englische Volk in seinem innersten Wesen ferngeleitet und entwicklungsfähig ist, so könnte man leicht auf den Gedanken kommen, England sei ein europäisches China, bei dem sich Handlungen und Bewegungen, in denen früher einmal Sinn und Verstand lag, nur noch automatisch vollziehen. Die wirkliche Erklärung für diese Erscheinung ist in der Liebe und der Achtung des Volkes seiner Geschichte gegenüber zu suchen. Und hier muß man zugeben, daß das Volk allen Grund hat, auf seine Volksvertretung, das Haus der Commons (Gemeinen), das in Europa die ersten Schlachten für die Freiheit geschlagen hat, stolz zu sein.

Früh beim Rotengrauen versammelte sich eine Schaar der allerwichtigsten Bewaffneten Leibgarde, der „Women of the Guard“, im Parlament. „Postcoeters“ (Rindschlepper) nennt sie das Volk, ein Name, der eine Korruption des französischen „buffetiers“ sein soll, eines Fremdwortes, das nicht auf die englische Zunge paßt und das daher jenen anderen weichen mußte. Von der „Princo's Chamber“ hinter dem Throne steigt diese Wache in die Gemäuer des Parlamentsgebäudes, also sie untersucht, ob sich dort noch kein zweiter Guy Fawkes versteckt hat, der das Parlament in die Luft sprengen will. Seit Jahrhunderten wiederholt sich nun schon diese Zeremonie bei jeder Parlamentsöffnung. Wann wird endlich der Geist des katholischen Verdammens zur Ruhe kommen?

Die Stunde der Eröffnung naht. Schon frühmorgens haben sich Mitglieder eingeschunden, die sich einen Platz beschlagnahmt haben; denn wer sich am ersten Tage einen Platz sichern kann, hat während der ganzen Session ein Anrecht darauf. Kurz vor 2 Uhr erscheinen auch die Führer der Parteien, von den Juristen ihrer Anhänger begrüßt. — Plötzlich entsteht eine Bewegung an der großen Tür unter der Uhr. Von schiebt die Regel vor, um jemand den Einlaß zu verwehren. Dronien steht der Fedeß des Oberhauses, der Träger des schwarzen Stabes. Er ist bewaffnet und darf nicht herein. Der Fedeß knipst dreimal mit dem Stab und begehrt Einlaß. Der Hüter der Commons neigt sich den Embodien der Lords durch ein Gitterfenster an, findet ihn ungefährlich und findet seine Ankunft dem Hause an. Der Träger des schwarzen Stabes schreitet bis an den Tisch des Hauses, verneigt sich dreimal und spricht folgende Worte:

Die Lords, ermächtigt durch den Auftrag Seiner Majestät, wünschen die unmittelbare Anwesenheit dieses Ehrenwerten Hauses im Hause der Peers, um dort den Auftrag zu vernehmen.

Nachdem der Träger des schwarzen Stabes dies gesagt, entfernt er sich rückwärts gehend. Nun steht der Clerk (wörtlich: Schreiber) des Unterhauses auf und fährt die Commons ins Oberhaus. Dort werden sie von fünf in Schlarlach gekleideten und mit einer schwarzen Kapfbedeckung versehenen, ernst dreinblickenden Gestalten empfangen, die in altertümlichen Wendungen den erschienenen Mitgliedern des Unterhauses mitteilen, daß ihnen der König erlaubt, einen Speaker (Sprecher, Vorsitzender) zu wählen. Nun geht's wieder zurück ins Unterhaus. Dort zeigt der Clerk des Hauses auf den „Vater“ des Hauses, d. h. das älteste Mitglied der Commons, der den Speaker vorschlagen soll. Dieses Mal ist es Thomas Burt, der Vergarbeitervertreter von Korkumbeerland, der erste der Arbeitervertreter im Parlament, dem er nunmehr seit 33 Jahren angehört. Die Vortrefflichen sagen dem von den Vorklagenden dem Mr. Speaker gemachten Komplimente ihre eigenen hinzu, der Speaker dankt in kurzen Worten und das Parlament ist aktionsfähig.

Pearcy Meteorsteine. Die Meteorsteine, die Percy von seiner letzten Polarfahrt mitgebracht hat, sind von der Witwe seines Nacens, von Mrs. Jesup, angekauft und dem amerikanischen Museum für Naturgeschichte als Geschenk überwiesen worden. Mrs. Jesup hat für die drei Steine nicht weniger als 200 000 M. gezahlt. Es sind die größten Meteoriten aus Eisen, die je gefunden wurden. Auf seinen Reisen war Percy überaus, bei den Eskimos eiserne Geräte und Waffen zu finden, und er fragte, woher seine arktischen Freunde dies Metall erlangt hätten. Die Antwort lautete stets „der Eisenberg“; aber nur die ältesten Männer des Stammes kannten die Stelle, und sie waren nicht zu bewegen, das Geheimnis zu verraten. Als Percy auf seinen späteren Reisen das Vertrauen der Eskimos erworben hatte, zeigte man ihm schließlich den rätselhaften „Eisenberg“. Es waren drei gewaltige Meteoriten, die mehr als 90 Prozent reines Eisen enthielten. Der größte wurde von den Eingeborenen die „Jehn“ genannt und wog mehrere Tonnen. Die beiden anderen hießen „Weiß“ und „Gund“. Unter großen Schwierigkeiten gelang es Percy schließlich, die lösbaren Meteoriten der Eskimos heimlich an Bord zu schaffen und so nach New York zu bringen.

Humor und Satire.

Russisches Schugmannslied.

Die Zeiten, ach, wie sind sie ferne des frohen Drills in der Kaserne, wie ätzten die Kerls vor mir, dem schneidigen Unteroffizier.

Kur eines mußte mich verdrängen: ich durfte nie so ganz genießen, wachlos dreinschlafend links und rechts das Blick des achten Schinderhocks.

Dürstigen, Spunden, Nische, Dritte an Beine, Kopf und Leibesmitte, vorn oder hinten, — und so fort: man sah's nicht gern an höherm Ort.

Sie anders jetzt, wo auf der Gasse ich mir die Hängel sahien lasse und fühlen darf im Bürgerblut nach Herzenslust die Bürgerglut!

Da bin ich nie getadelt worden vom Vorgesetzten, sondern Orden bekommt man und man wird gelobt, wenn man so recht sich ausgetobt.

Na, so ein städtig Volksgelimmel ist doch des Schugmanns wahrer Himmel. Zufrieden hat ich groß und klein — hier bin ich Vieh, hier darf ich's sein!

Franz.

Notizen.

Vorträge. Die Gesellschaft für ethische Kultur veranstaltet Samstagabend, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des Dortheimstädter Realgymnasiums, Eingang Georgenstr. 60, einen Vortragsabend. Prof. v. Bisz: spricht über: „Die Ethisierung des Strafrechts.“ Eintritt frei. Gäste willkommen. Diskussion.

Kunstkronik. Die Ausstellung der Berliner Sezession soll am 9. April eröffnet werden. Die Papiere zur Anmeldung, die bis zum 20. März zu erfolgen hat, sind in den Sekretariaten Kurfürstendamm und Viktorstr. 35 erhältlich.

Musikchronik. Das Schiller-Theater veranstaltet aus Anlaß des hundertjährigen Geburtstages Chopins, als der jetzt der 22. Februar 1910 angenommen wird, am Sonntag 8 1/2 Uhr im Schiller-Saale, Charlottenburg, einen Chopin-Abend.

Ein Anton-Menger-Denkmal beabsichtigen seine Freunde und Schüler an der Stätte seiner Lehrtätigkeit, der Wiener Universität, zu errichten. In dem Aufsatze heißt es: „Anton Menger hat sich bei seinen Lebzeiten selbst ein Monument gesetzt in seinen Schriften. Das Recht auf den vollen Arbeitsvertrag, „Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen“, die „Neue Staatslehre“ und die „Vollpolitik“ sind die tragenden Wahrzeichen seines Wirkens und Schaffens.“

Wenn Ankla seines Denkmal werden auch kommende Geschlechter an eine Persönlichkeit erinnern werden, deren edles Streben ihnen auf ihrem Lebenswege ansehnend und beispielgebend vorleuchten möge.“

Beiträge sind zu senden an das Kuratorium der Anton-Menger-Bibliothek in Wien, I. Seilerstätte 7.

mann Hollweg Staatssekretär wurde, hatte er auf dem zweiten Nationalen Arbeiterkongress eine Programmrede gehalten, worin er Fleiß, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Zufriedenheit als die Grundpfeiler bezeichnete, die in der Arbeiterschaft bestehen sollten. Damals wußte man ja gleich, was Gottes Kind er war. Ein paar Wochen später, beim Zentralverband der Industriellen, sprach er nicht von Fleiß, Zufriedenheit usw. Die Herren vom Zentralverband würden ihn auch nicht schlecht angesehen haben, (Heiterkeit) wenn er sich dort eine solche Rede herangezogen hätte! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nein, da betont er, daß er mit den Unternehmern in enger Fühlung bleiben wolle, um das richtige Augenmaß für die Dinge zu gewinnen, und er hat es gewonnen, das Augenmaß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der jetzige Herr Staatssekretär, damals noch preussischer Handelsminister, bezeichnete sich bei diesem Festsitzen selbst als

„Kamerad des Unternehmertums“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), der allerdings nicht wie Herr Nordhoff, die brutalen Worte liebt. Freilich, wenn es auf die Worte anläßt, hätten wir einen sehr angenehmen Herrn Staatssekretär. (Heiterkeit.) Damals wollte er noch um die Seele der Arbeiter ringen, später mit Hilfe der Maschinengewehre in Mansfeld. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für die Unternehmung, meinte er, gelte nur das Recht der Kommandogewalt, das der höhere Offizier über den niederen Offizier, der Leutnant über den Soldaten haben müsse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als ich ihn heute sprechen hörte, fiel mir das Debüt des Grafen Poladomsky beim Eintritt seines Amtes ein. Auch er sprach so weltfremd von den Dingen, nur daß Herr Delbrück offen sagte, er habe Herakliten bekommen, als er das Amt antrat und die Schwierigkeiten überließ. (Heiterkeit.) Graf Poladomsky sagte damals „offen, er wolle das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ pflegen. Nun, er hat es nicht lange gelaut, die Tatsachen waren stärker. Wir haben gewiß nicht viel übrig für den Mann der Justizhandvorlage und den Mann der 12 000 R. vom Zentralverband, aber das kann von dieser Stelle aus gesagt werden: Graf Poladomsky hat es erst gemeint mit seinem Amt, und er ist über die Intrigen des Zentralverbandes bloß deshalb gestolpert, weil er, soweit es in seinen Kopf hineinging, ernsthaft Sozialpolitik treiben wollte, nicht wie wir sie erstreben, sondern wie er sie erstrebte, unter möglicher Schonung aller Interessen. Also auch das war dem Zentralverband zu viel. Und nun der Unterschied: Graf Poladomsky hatte wenigstens noch den patriarchalischen Standpunkt den Arbeitern gegenüber, aber sein Nachfolger stellt sich auf den militärischen Standpunkt. Die der Leutnant dem Soldaten gegenüber soll sich der Unternehmer den Arbeitern gegenüber stellen! Man denkt an den 19jährigen Leutnant, der jetzt wegen schamloser Mißhandlungen prozessiert wurde. Wenn ein Leutnant der Industrie sich das herausnimmt, würden hoffentlich die Arbeiter so viel Mannesmut besitzen, ihm mit den Landwehrpfeifflüssen der Industriearbeiter entgegenzutreten. Der Kadavergehorsam durchzieht unsere ganze Sozialpolitik.

Die Lage der Arbeiter

vollkommen befriedigend sei, daß die Lage über die Lage der Arbeiter Unfug sei, daß mehr Ruhe in der Sozialpolitik eintreten muß, sei auch

die Ansicht des Kaisers,

versicherte Herr v. Löbell im Jahre 1900. Ob das auch die Auffassung des Bundesrats ist, zeigen seine Beschlüsse gegenüber den Entschlüssen des Reichstags. Der Reichstag verlangte den Erlaß eines Vergesetzes. Der Bundesrat antwortete: „Der Erlaß eines Reichsvergesezes — einschließlich der Regelung des Anaphtasialsenwesens — wird nicht beabsichtigt; ebensowenig die reichsrechtliche Einführung der geheimen Wahl der Anaphtasialsenämtern.“ — Natürlich, der Zentralverband deutscher Industrieller hat das verboten, und vor diesem hat vor allem Angst der preussische Handelsminister! Die Herren drohten ja auch mit dem Sturz des Ministers, aber nachdem sie das Gesetz beseitigt hatten, brachten sie den Minister nicht mehr zu beiseiteigen.

Neunzehn Seiten später sagte in derselben Denkschrift der Bundesrat, daß er für die eifrigen Vergaber der Wunsch des Reichstags auf die geheime Wahl für die Vertreter der Anaphtasialsenämtern dem Reichsanwalt überwiegen habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht hatte sich dabei der Vertreter des Bundesrats darob besonnen, daß im preussischen Landtag kein anderer als der preussische Handelsminister diese geheime Wahl vorgeschlagen hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dieselbe schroffe ablehnende Antwort erteilte der Bundesrat auch auf den Wunsch des Reichstages, daß besondere Beamte für die Baukontrolle ernannt werden und daß Arbeiter hierbei zugelassen werden. Ohne nähere Begründung ist dieser Wunsch des Reichstages in den Papierkorb des Bundesrats gewandert. Da muß man doch fragen: was sagen im Bundesrat die Vertreter aus Bayern, Württemberg und Hessen dazu, wo diese Einrichtungen seit Jahren eingeführt sind und sich bewährt haben? Eine Antwort können wir von Ihnen nicht verlangen, Preußen hat ja den Bundesrat — terrorisiert will ich nicht sagen — aber majorisiert, aber vielleicht können wir Ihnen die Antwort geben. In einem Bericht im preussischen Landtag hat unter stolzer Pieper die ablehnenden Gründe der preussischen Regierung gegen diese Forderung mitgeteilt. Der Vertreter der preussischen Regierung sagte in der Kommission, es sei kein Bedürfnis für solche Kontrollen vorhanden und ihre Eingliederung in den Beamtenorganismus sei sehr schwierig; und wörtlich geht es so fort:

„In Preußen, wo schon jetzt in allen Instanzen ein großer Teil der Arbeitskraft der Beamten auf die Austragung von Zuständigkeitsfragen verwendet wird.“

Es heißt „Preußen in Deutschland voran und Deutschland in der Welt voran“, aber diese einfache Maßregel kann nicht durchgeführt werden, weil die Beamten

Kompetenzkonflikte

erheben könnten! (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Hat die Regierung denn gar keine Empfindung dafür, daß ganz Europa lachen muß, wenn die preussische — nein die deutsche — Regierung sagen muß: Ein großer Teil der Arbeitskraft ihrer Beamten müsse verwendet werden auf die Austragung von Zuständigkeitsfragen! (Lebhafte Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und solche Regierung meint, sie sei berufen zur Regierung in Deutschland! Ach nein, der Reichsanwalt und Ministerpräsident hatte schon ganz recht, wenn er von der Stagnation sprach; von solcher Regierung kam die Kultur nicht gefördert werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Noch weitere schöne Gründe gegen die Kontrolle werden angeführt. In erster Linie verkehren die Arbeiter nichts. Natürlich, sie sind ja keine Bureaukraten. Weiter heißt es: besondere Schwierigkeit würde die Auswahl solcher Beamten bereiten; hier seien nur drei Wege denkbar: entweder würden die verschiedenen Organisationen berücksichtigt, oder man müsse solche auswählen, welche nicht Sozialdemokraten sind, oder man müsse die politische Stellung ganz außer Betracht lassen. Der erste Weg sei ausgeschlossen, weil die Jugendlosigkeit zur sozialdemokratischen Partei mit den Pflichten eines preussischen Staatsbeamten unvereinbar sei, der zweite Weg würde zur Folge haben, daß die neuen Beamten bei einem großen Teil der Arbeiter weniger Vertrauen besitzen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) als die akademischen Aufsichtsbeamten. Der dritte Weg würde, soweit er zur Anstellung von Sozialdemokraten Veranlassung gibt, dieselben Schwierigkeiten bieten wie der erste, und soweit das nicht der Fall sei, wie der zweite. Die Regierung sagt also klipp und klar: Wenn wir Leute zur Gewerbeinspektion hinzuziehen wollen, die das Vertrauen ihrer Mitarbeiter genießen, müssen wir Sozialdemokraten wählen, Sozialdemokraten aber können wir aus den und den Gründen nicht wählen. Diese Gründe fordern nicht nur zum Spott heraus, sondern auch zum schärfsten

Protest. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Welche Ueberzeugung die einzelnen Arbeiter und Beamten haben, geht die Regierung gar nichts an. Vor dem Gesetz sind alle Bürger gleich, und das Gesetz gilt auch für die Regierung in gleicher Weise wie für die Bürger oder sollte wenigstens für die Regierung gelten in einem Kulturstaat, und Preußen ist ja angeblich ein Kulturstaat. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Welche politische Mäßständigkeit spricht sich in solcher Auffassung aus! Wie lange ist es denn her, daß das Zentrum regierungs- und staatsfeindlich war, die Zentrumspartei, vor der heute jede Regierung sich biegt und beugt. (Wiedern des Abg. Erzberger.) Sie sind ja viel zu klug, um das zuzugestehen. Vor Ihren Wählern stellen Sie sich gern als

die armen Dämmer

hin, aber jede Regierung muß sich biegen und beugen vor der parlamentarischen Bedeutung der Zentrumspartei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich mache Ihnen keinen Vorwurf daraus. Ich begrüße das vielmehr und hoffe noch die Zeit zu erleben, wo wir der Regierung gegenüber in derselben Lage sind.

Auch die konservative Partei war schon regierungsfeindlich. Als es hieß „kein König, keine Krone“, wurden die Landräte vor die Entscheidung gestellt, ob sie aus dem Bund der Landwirte auscheiden wollten oder aus der Regierung. Die Folge zeigte, daß sie die Treppe hinaufstiegen, daß die Konservativen stärker waren als die Regierung. Der König kann die Regierung auswählen, wie er will, aber die Junker müssen die Wahl billigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wie lange ist es denn her, daß die Preussischen regierungsfeindlich waren? Wenn sie jetzt von der Regierung toleriert werden, so haben sie das nur uns zu danken; weil wir stärker werden, muß die Regierung jede Hilfe, von welcher Seite sie auch kommt, gegen uns nehmen. Wir sind die stärkste Partei im Reiche, wir wachen jeden Tag. (Zuruf vom Zentrum: Was in den Himmel!) Nein, den Himmel überlassen wir Ihnen, Herr Erzberger! Wir wollen hier auf Erden Zustände schaffen, daß Sie sie im Himmel gar nicht besser finden können. (Große Heiterkeit.)

Wenn die Regierung uns zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren will: verurteile sie es! Wir aber haben das Recht, eine Regierung, die so etwas tut, als

Kulturfeindlich

zu bezeichnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einer gewissen Stelle fiel ja wohl einmal in bezug auf uns das Wort von der „Kotte Menschen, die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu führen“. Wären die Sozialdemokraten wirklich diese Kotte vaterlandloser Gesellen, so möchte es schlimm stehen um Deutschland. Im Kriegsfall wäre da jede deutsche Regierung die Kriegsgefangene dieser „Kotte“. Wie dürfte man es wagen, die Landwehrmänner zu bewaffnen, von denen mindestens jeder fünfte Sozialdemokrat ist! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Würde dann nicht, wären wir das, als was man uns beschimpft, nach der ersten verlorenen Schlacht die Fahne des Auftrahrs aufgefängt werden? Rothlich kann keine Rede davon sein, daß die Regierung uns wirklich für eine solche Kotte vaterlandloser Gesellen hält; sie verbreitet aber das Märchen von der staatsbürgerlichen Minderwertigkeit der Sozialdemokraten, um die Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten. Auf die Dauer freilich wird sie das Märchen nicht aufrecht erhalten können, und wie die Regierung, so werden auch die Parteien gezwungen werden, uns, die wir

die stärkste Partei im Reiche und in Preußen

sind, die wie im Reichstag — freilich keineswegs unserer Wählerstärke entsprechend —, in den Landtagen, in den Kommunen vertreten sind, die Gleichberechtigung zu gewinnen. Und es tagt ja auch schon in Regierungskreisen, freilich nicht in Preußen, sondern in wirklichen Kulturländern. (Zuruf aus dem Zentrum: Wo?) Ach, meine Herren, fragen Sie doch bei Ihrem Parteigenossen Dr. Pöhlner an, der den bayerischen

Minister v. Podewils

angefahren hat, eben weil der eine einigermaßen objektive Stellung zur Sozialdemokratie einzunehmen sich bemüht. Herr v. Podewils sagte u. a.: Wenn er die sozialdemokratische Landtagsfraktion auch meist in Opposition sähe, so könne und wolle er doch ihre Verdienste, speziell ihre Leistungen um die Erziehung des sozialen Bewusstseins, nicht verkennen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Trotz seiner grundsätzlichen gegenwärtigen Stellung zur äußersten Linken habe er von ihr dankenswerte Anregung, namentlich auf dem Gebiet der Gewerbegesetzgebung, gern entgegengenommen und er werde sich von niemand verbieten lassen, wie andere Parteien so auch die Sozialdemokratie objektiv zu beurteilen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Podewils nannte auch ein sozialdemokratisches Blatt, die „Münchener Post“, und dankte ihm für Anregung. Nun, wir brauchen uns unsere Ehrentätigkeit von keinem Minister erst beistimmen zu lassen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber mitnehmen können wir ja schließlich auch dies Ministerwort. (Heiterkeit.) Kein anständiger und verständiger Mensch wird heute noch die Verdienste der Sozialdemokratie leugnen. Herr Pöhlner freilich ist Sturm gelaufen gegen die genannten Ausführungen des Ministers v. Podewils. Er könnte von seinem Parteigenossen lernen, dem Professor Reß, der schon 1899 unter anderem ausführte: Daß die Sozialdemokratie viel Positives geleistet, sei fälschlich nicht zu bestreiten. Von ihr haben andere Parteien, besonders auch das Zentrum, unendlich wertvolle Anregungen empfangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In Bayern funktionieren die, freilich von den Gemeindebehörden ernannten, Arbeiterbaukontrollen ganz vortrefflich; sie werden jetzt auch bei öffentlichen Bauten herangezogen, und auch der Kriegsminister hat nichts dagegen einzuwenden. (Hört! hört!) Zur Zentrale für Gewerbeaufsicht im bayerischen Ministerium für Handel und Industrie werden die Vertreter der Arbeitgeber, und auch Vertreter der Arbeiter aus der Mitte der Arbeiterausschüsse herangezogen. Zu wiederholten Malen hat diese Zentrale unserem Genossen Segitz Referate übertragen! Eine Igl. bayerische Behörde überträgt einem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten amtliche Referate! Ich habe noch nicht gehört, daß Bayern darum untergegangen ist. Eine Verfügung der bayerischen Regierung hält die Regierungsreferenten an, auch eine Zeitung bei Arbeiterssekretariaten, einerlei welcher Parteirichtung, praktisch zu arbeiten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das alles geschieht in Bayern, ohne daß Bayern oder das Reich Schaden an ihrer Seele erleiden. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun der

Gewerbeinspektion

zu. Mit WAHE entbehrt man vereinzelte kleine Fortschritte; aber auf jeden kleinen Schritt nach vorwärts kommen mindestens drei große Schritte nach rückwärts. Beachtenswert ist der offensichtliche Einfluß, den die Deputierten des Scharfmacherverbandes der Industriellen auf das preussische Handelsministerium ausüben. Höchst bezeichnend ist auch der Ton, den die gewerbmäßigen Agitatoren dieser Scharfmacher in ihren Eingaben gegen den Reichstag anzufragen belieben; sie erklären sich, dem Reichstag vorzuwerfen, er lasse sich nicht von sachlichen Motiven, sondern von der Spekulation nach Possengut leiten. Vollkommen hat der Reichs- langler, meines Erachtens mit vollem Recht, die bekannte Eingabe des Württembergischen Verbandes wegen ihres unangenehmen Tones zurückgewiesen, Herr Sydow aber nimmt ruhig Eingaben entgegen, in denen eine verfassungsmäßige Behörde wie der Reichstag mit niedrigen, gemeinen Beschimpfungen und Verdächtigungen überhäuft wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber das ist ja schließlich Sache des Geschmacks. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein paar Proben für den sachlichen Wert dieser Eingaben: Da wird led. behauptet, in Wirklichkeit betrage die tägliche Arbeitszeit an den Hochöfen nur fünf Stunden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Lächerlich!) Die Sozialdemokraten, heißt es weiter, verlangten die Kaiser nicht etwa im Interesse der Gesundheit der Arbeiter, sondern um Agitation treiben zu können! Daß die Agitatoren der Scharfmacher sich immer noch über die preussische Gewerbeinspektion beschwerten, zeugt von ihrer Unerkenntheit. Die

preussischen Gewerbeinspektoren sind schon so gezogen, daß die Unter- nehmer von ihnen keine Vereinträchtigung zu befürchten haben. Wenn wie während einiger Jahre hindurch konstatiert konnten, daß in den Berichten der Gewerbeinspektoren, sogar der sächsischen, die gehässigen Töne gegen die Arbeiterbewegung seltener werden, so können wir in diesem Jahre wenigstens dieses Lob den Berichten der preussischen Gewerbeinspektion nicht spenden. Freilich mag dieser Vorwurf weniger die Gewerbeinspektoren treffen als das Reichsamt des Innern. Aber es ist doch bezeichnend, daß im amtlichen Bericht nur ein einziger preussischer Gewerbeinspektor von der Einwirkung der Arbeiterorganisationen auf das wirtschaftliche Leben zu berichten weiß. Also nur ein einziger preussischer Gewerbeinspektor weiß vom wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiter, dieser gewaltigen Kultur- bewegung, die die Gesetzgebung und die innere Politik aller zivilisierten Länder so tief beeinflußt hat, zu deren Bekämpfung man Justizgesetze gab und Parlamente auflöste.

Eine Reihe von Bemerkungen in den Berichten preussischer Gewerbeinspektoren haben einen Stich ins Gefährliche, und es spricht aus ihnen die Absicht, den Arbeiterorganisationen ein auszuweichen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So stellt der Gewerbe- rat von Trier gewissermaßen mit Genehmigung fest, daß nach einem Streik 18 Arbeiter dauernd in einer Fabrik überflüssig wurden! — In einem Bericht heißt es: „Die Fabrikleitung veranlaßte den Austritt der Arbeiter aus ihrer Organisation“. Kein Wort weiter sagt der preussische Gewerbeinspektor zu diesem Eingriff des Unternehmers in die Rechte der Arbeiter. — In einem anderen Bericht heißt es: „Nicht erst war der Widerstand der Arbeiter gebrochen.“ Gerade so, als wenn es sich um den inneren Feind handelt! Besonders bemerkenswert ist ein Haß im Bericht des Gewerbeinspektors von Minden. Da heißt es im Register: „Ver- anlassung der Arbeiter durch die Organisationsleitung, Überstunden bei günstiger Geschäftslage grundsätzlich abzulehnen.“ Diese nackte Tatsache ist geeignet, Mißstimmung gegen die Arbeiterorganisationen zu erzeugen, wenn ich auch keinen Augenblick bezweifle, daß sehr wohl Fälle vorliegen können, in denen die Arbeiter im Inter- esse ihrer Gesundheit und ihrer Kollegen Überstunden auch bei drängender Arbeit verweigern müssen. (Sehr richtig! bei den Sozial- demokraten.) Das kommt ganz auf die Verhältnisse an. Die Tat- sache aber, auf der diese Bemerkung des Registers fußt, ist falsch. Die Viefelder „Volkswacht“ vom 3. April 1909 erklärt es für un- wahr, daß die Arbeiter bei gutem Geschäftsgang auf Anordnung der Geschäftsleitung Überstunden grundsätzlich verweigern hätten. Der Fabrikinspektor hat also eine Mitteilung, die ihm von einem überflüssigen Fabrikanten gemacht war, einfach ohne Prüfung in den Bericht übernommen. Tatsächlich sind die Über- stunden verweigert, weil der geforderte und von einigen Fabrikanten gezahlte Aufschlag für Überstunden nicht bewilligt wurde. Es wirkt auf die Objektivität des Verfassers des Registers ein eigenartliches Licht, daß diese unwahre Be- hauptung als ganz allgemeine Vorwurf in das Register kommt, nicht aber folgende Bemerkung: „Wenn dies Vorgehen gleichzeitig die Wirkung hatte, die Kassen der Arbeiterorganisationen durch die von ihnen zu leistende Arbeitslosenunterstützung zu schwächen, so war das eine den Arbeitgebern nicht un- erwünschte Begleiterscheinung.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dies steht im Register unter einem anderen Stichwort: Schwächung der Kassen der Organisation durch erhebliche Arbeitslosenunterstützung infolge zahlreicher Arbeiterentlassungen! Nicht im Register aber steht die Tatsache, daß die Arbeitgeber keine Rücksicht auf die Wünsche der Arbeiter bezüglich Einlegung von Zeugnissen nehmen. Das wäre doch wirklich eine Tatsache, deren Bedeutung auch dem Gewerbeinspektor nicht ganz entgehen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Bemerkung des Registers, einzelne Fabrikanten sorgten aus- gesprochenweise dafür, daß die nichtorganisierten Arbeiter im Gegen- satz zu den übrigen Beschäftigten fanden und keinerlei Lohnneidbe- erlitten, steht im Register in folgender Weise wieder: „Arbeitgeber sorgen für volle Beschäftigung der Nichtorganisierten, die während der Hochkonjunktur Überstunden geleistet haben, auch zur Zeit des Arbeitsmangels.“ Also der Gewerbeinspektor faßt seinen Ver- such dahin auf, für die Nichtorganisierten den Agitator zu spielen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegen eine solche

tendenzvolle Berichterstattung

müssen wir entschieden Protest einlegen. Bei dieser Beringschätzung der Arbeiter durch die preussischen Gewerbeinspektoren wußten diese sich noch, daß die Arbeiter sich so selten an sie wenden! — Noch eine Bemerkung muß ich anführen. In einem Register steht: „Gewerkschaften untergraben das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerbeaufsichtsbeamten. Näheres...“ Diese ganz allgemeine Behauptung findet in dem Bericht selbst nicht die geringste Stütze! In einem Bericht ist nur davon die Rede, daß „zweites“ das Vertrauen zu den Gewerbeinspektoren von den Gewerkschaften untergraben werde, und auch dies „zweites“ ist eine Uebertreibung; denn es werden nur zwei Fälle als Beweis angeführt. In dem einen handelt es sich um die Behauptung eines Arbeiters, der in einer Versammlung an Stelle des schenkenden Referenten in einer un- vorbereiteten Rede eine ihm zugetragene Behauptung wiedergegeben hat, die eine Beleidigung des Gewerbeinspektors darstellte, und in dem zweiten Falle ist von der Beleidigung eines Gewerbeinspektors durch einen Stelbretcher — „angeblich Vertrauensmann“ — die Rede. Ein solcher Fall hätte noch näher erörtert werden müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie stehen diesen Berichten gegenüber

die Berichte anderer Bundesstaaten,

besonders der sächsischen, ab. Im Württembergischen Bericht heißt es: „Der Verkehr mit den Arbeitern war ziemlich lebhaft und durch keinen Mißton getrübt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemo- kraten.) „Angenehm berührte die Vermeidung ungehöriger oder scharfer Formen, die früher mitunter zurückzuweisen waren.“ Der Gewerbeinspektor betont, daß er sich des Instituts der Ver- trauensoptionen bediene, die regelmäßig in den Arbeiter- verbänden einfließende Stellen hätten und deshalb in den wirt- schaftlichen und sozialen Vorgängen vertraut seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonnen dem die preussischen Gewerbe- inspektoren die Berichte ihrer Kollegen aus anderen Bundesstaaten gar nicht zu lesen? Wie wäre es sonst zu verstehen, daß nicht ein einziger von ihnen die Anregung daraus entnimmt, in derselben objektiven Weise zu berichten wie jene! Auch dem

Unterstützungswesen der Arbeiterorganisationen

wird von dem württembergischen Gewerbeinspektor viel mehr Ver- ständnis entgegengebracht. Er betont, daß es in kritischen Zeiten viel Gutes wolle. Ich will nur anführen, daß an Reisesunter- stützung im Jahre 1908 von den deutschen freien Gewerkschaften gezahlt worden sind 1 184 339 R., an Arbeitslosenunterstützung 8 234 388 R. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ingesamt sind in den letzten 18 Jahren von den deutschen Arbeitern in den Gewerkschaften für ihre organisierten Kollegen

144 Millionen Mark

verausgabt worden! Und gegenüber einer solchen Leistung haben die preussischen Gewerbeinspektoren nicht eine Silbe zu bemerken. Man braucht nur diese Zahl anzuführen und kann sich alle weiteren Schlüsse sparen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo- kraten.)

Sie finden in preussischen Berichten auch nichts über

die Frage der ausländischen Arbeiter;

die bayerischen Berichte zeigen, daß die bayerische Regierung bemüht war, gewissenlosen Agenten das Handwerk zu legen. Genau so ist es mit dem Schurz der Rinderarbeit, mit der Arbeit in den Wäckerbetrieben. Alle diese Dinge werden in Sächsischen viel ernster behandelt als in Preußen. Und das liegt nicht an den Personen, sondern an dem System! (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Preußen hat man die Rechte der Gewerbeinspektoren beschnitten und ihnen einen A u l l o h angelegt. Der Geist, der die Arbeiterschutzgesetzgebung durchzieht,

Abgeordnetenhaus.

98. Sitzung, Freitag, den 18. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Weseler.

Die zweite Lesung des Justizetat

wird fortgesetzt.

Abg. Goebel (Z.) bespricht die Lage der Gerichtsvollzieher.

Abg. Kunze (fr. Sp.) tritt für die Maschinenmeister in den Gefängnissen ein.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Die Gerichtsdienere klagen darüber, daß sie eine zu lange Wartezeit durchzumachen haben.

Ein Regierungskommissar: In den Etat sind wieder 60 neue Stellen für Gerichtsdienere eingesetzt worden.

Abg. v. Pappenheim (L.): Die Bestrebungen der Selbstverwaltungskörperschaften,

die Lage der Irren

zu einer einigermaßen erträglichen zu gestalten, haben in den letzten Jahrzehnten einen erfreulichen Fortschritt gemacht.

Abg. Schmieding (Z.) schließt sich dem Vorredner an.

Justizminister v. Weseler:

Ich erkenne die bestehenden Uebelstände an. Zurzeit aber ist ein Eingreifen des Justizressorts ausgeschlossen.

der Entwurf eines neuen Strafgesetzes

in Frage, der jetzt gewissermaßen als Privatarbeit für die Kritik aufgelegt ist.

Abg. v. Dörren (L.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Es muß daran festgehalten werden, daß der 1ere Verbrecher ebenso ein Kranke ist wie jeder andere Irre.

Der Minister hat erklärt, daß für alle Maßnahmen ein Rechtsweg gegeben werden soll.

richtig!) Gerade die Höhe der Gefangenen erfordert eine un-ausgesetzte Kontrolle.

Der dieser Gelegenheit bitte ich den Justizminister weiter um Auskunft darüber, wie weit die Verhandlungen fortgeschritten sind.

Ein Regierungskommissar: Ich erwidere, daß die Verhandlung des Verfahrens in bezug auf die geisteskranken Verbrecher so gedacht ist.

Abg. Gaffel (fr. Sp.) schließt sich den Wünschen der Vorredner an.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich wünsche selbstverständlich nicht, daß die nichtverbrecherischen Irren in irgendeiner Weise belästigt werden.

Beim Titel „Remunerationen der mit der Leistung oder Ver-ausföhrung der Gefängnisarbeit beauftragten Beamten“

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich glaube, daß dieser ganze Titel die Gefahr in sich birgt.

Das Ordinarium wird bewilligt.

Extraordinarium

werden von einer Anzahl von Abgeordneten Wünsche geäußert für Errichtung von Amtsgerichten in ihren Wahlkreisen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Die Zustände in bezug auf die baulichen Verhältnisse an kleinen Amtsgerichten sind oft geradezu unermesslich.

Es folgt die 1. und 2. Beratung der Novelle zum Gesetz be-treffend die Gewährung von Zwischenkrediten bei Rentengutsgründungen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes betreffend die Reisi-kosten der Staatsbeamten.

Abg. Lehmann (natl.) ist der Meinung, daß der Entwurf manche Verbesserung der bestehenden Vorschriften bringt.

Abg. Bierck (fr.) empfiehlt größere Sparsamkeit bei den Dienstreisen.

Abg. v. Rheinbaben hofft, daß in der Kommission eine Einigung in bezug auf die Wünsche der einzelnen Parteien zustandekommt.

Abg. Dr. Pappenheim (L.) (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, als ersten Gegenstand unseren Antrag auf Verschärfung der Ge-schäftsordnungsbestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung

des Hauses und gegen die ungebührliche Länge von Reden auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) bittet, den Antrag erst Montag auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Sp.): Ich will namens meiner politischen Freunde bitten, daß uns Gelegenheit gegeben wird, zu prüfen, ob der jetzige Zeitpunkt geeignet ist, eine Veränderung der Geschäftsordnung vorzunehmen.

Die Abg. Herold (Z.) und Freiberger v. Jelski (fr.) bitten eben-falls um Absetzung des Antrages von der morgigen Tagesordnung.

Abg. v. Pappenheim (L.) zieht daraufhin seinen Vorschlag zurück in der Erwartung, daß der Antrag am Montag an erster Stelle verhandelt wird.

Es bleibt also beim Vorschlag des Vizepräsidenten.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr; Fortsetzung der heu-tigen Beratung Etat des Finanzministeriums.

Schluß 1/2 Uhr.

Haus der Partei.

Der Ruf nach dem Massenstreik.

Eine Parteiverammlung in Bremen diskutierte über den poli-tischen Massenstreik.

man nicht mit Protestversammlungen und Straßendemonstrationen auskommen, sondern auch mit politischen Massenstreik getrieben werden.

Dem Vortrage schloß sich eine rege Diskussion an. Mit Leiden-schaft wurde der Standpunkt vertreten, stärkere Mittel im Kampfe anzuwenden.

Das erweiterte Agitationskomitee für Hessen-Raffau hat, wie die Frankfurter „Volksstimme“ mitteilt, das Er-lauben an den Parteivorstand gelehrt, mit der Generalkommission wegen Erhebung von Extrabeiträgen durch die Gewerkschaften für einen eventuellen Massen-streik zu verhandeln.

Aus den Organisationen.

Am vorigen Sonntag veranstalteten die Parteigenossen in Bayreuth unter Leitung der Parteipresse eine Hausagitation zur Gewinnung neuer Mit-glieder für die Parteiorganisation.

Zu der Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei Mainz wurde berichtet, daß im letzten Jahre die Ein-nahme 5261,91 M., die Ausgabe 5295,58 M. betrug.

Jugendbewegung.

Die Bewegung im Auslande.

Die ungarische Jugendbewegung beginnt sich langsam wieder aus dem Verfall zu erheben.

Die dänische Jugendorganisation, die Ende März ihren nächsten Kongress abhalten wird, nimmt einen großen Aufschwung.

Gerichts-Zeitung.

Schlägerei und Hundeseßen.

Der Kapellmeister Formiggini stand gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg.

Eine Tat des Jähzorns,

die letzte Jahr böse Folgen hätte haben können, führte gestern die Händlerin Emilie Matzke vor das Schöffengericht Berlin-Mitte.

Allen Verwandten, Freunden und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn und Bruder, der Herr

Franz Wilknitz
am Samstagabend nach langen schweren Leiden im Alter von 53 Jahren sanft entschlafen ist. Dies zeigt sich bei der Beerdigung an dem trauernden Hinterbliebenen Franz Wilknitz nebst Kindern. Die Zeit der Beerdigung wird in der Sonntagsnummer des "Vorwärts" bekannt gegeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungssitz Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloßer

Wilhelm Peters
am 10. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 8^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Friedhofes in der Döberstraße aus statt.
Herrn stark unser Mitglied, der Kocher

Oskar Münzener
am 17. Februar.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des Helland-Kirchhofes in Döberstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
11/17 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 17. Februar verstarb unser Mitglied, der Dreher

Oskar Münzner
Rostocker Str. 27.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des Helland-Kirchhofes, Döberstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Bernisg. Deutschl. Unterbezirk Charlottenburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht: am Mittwoch, den 16. Februar, verstarb unser Kollege, der Steinsetzer

Fritz Weber.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 8^{1/2} Uhr, auf dem Luisenfriedhof in Charlottenburg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Daufragung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden des Kupferhämmerverbandes, der Turbinenfabrik und vielen Hausbewohner bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters unseren herzlichsten Dank.

Witwe Hahn
nebst Kindern. 7276

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Begriff 79.
Am 17. Februar 1910 verstarb nach langer, schwerer Leiden im Alter von 62 Jahren unser langjähriges, treues Mitglied, der Maurer

Franz Wilknitz
Steinmühlstr. 24.
Ehre seinem Andenken!
Die Zeit der Beerdigung wird in der Sonntagsnummer des "Vorwärts" bekannt gegeben.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Daufragung.
Für die rege Beteiligung sowie zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes

Paul Krause
lange ich allein, die daran teilgenommen haben, meinen innigsten Dank.
Ehrl. Strauß, Barfüßerstr. 40.

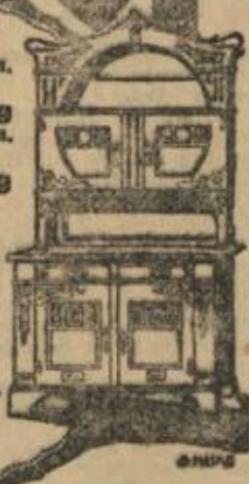
Daufragung.
Hiermit sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Herren Kollegen und Kolleginnen unserer Beerdigung für die herzlichen Beweise der Teilnahme sowie Kranzspenden, insbesondere aber dem Verwaltungsrat der Gutmoder unseren herzlichsten Dank.
Berlin, Wörlitz, Magdeburg, im Februar 1910.
Familie Gorzynski,
nebst Braut. 7286

S. Gottlieb
Kleine Einrichtung
15 M. Anzahl 1.00 1.50 M.
wöchentliche Abzahlung.

Mittel-Einrichtung
15-20 M. Anzahlung 1.50-2 M.
wöchentliche Abzahlung.

Bessere Einrichtung
25-30 M. Anzahlung.

S. Gottlieb
G. m. b. H.
Rosenthalerstr. 54
Für jedes Stück wird Garantie geleistet.



Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Nichelswerder**,
an der neuen Seerähe beim Alten Freund.

Einheitspreis M. 12.50 **SALAMANDER** Luxus-Ausführung M. 16.50

Wollen Sie bequem und angenehm gehen?
Machen Sie einen Versuch mit Salamanderstiefeln!
Fordern Sie Musterbuch. V

Salamander
Schubg. m. b. H., Berlin

W. 8 Friedrich-Strasse 182
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
NW. Wilsnacker Strasse Ecke Turm-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 30



Knabenballweitzungs Weize
Dauer vom 19. bis 26. Februar

Ausnahmepreise für Tausende von Knabenkleidungsstücken unseres ca. 50 000 Stücke betragenden Lagers

| | | |
|---|--------------------|----------------------------------|
| Knaben-Hosen | Größe 1 bis 6 M. | 0.65 |
| Knaben-Hosen | Größe 1 bis 6 M. | 1.50 |
| Schul-Hosen | Größe 7 bis 12 M. | 2.— |
| Knaben-Buckskin-Anzüge | Größe 1 bis 6 M. | 1.80 |
| Knaben-Manchester-Anzüge | Größe 1 bis 6 M. | 3.60 |
| Knaben-Manchester-Anzüge | Größe 1 bis 6 M. | 6.60 |
| Knaben-Anzüge blau Kammgarnart, Or. | 1 bis 6 M. | 6.60 |
| Knaben-Norfolk-Anzüge | Größe 1 bis 6 M. | 6.60 |
| Knaben-Waschblusen | | M. 0.50 |
| Knaben-Waschblusen | | M. 0.90 |
| Knaben-Waschanzüge | | M. 1.50 |
| Knaben-Waschanzüge | | M. 0.90 |
| Knaben-Pelerinen | | M. 0.80 |
| Knaben-Paletots u. Pyjacks | | M. 2.— |
| Burschen-Anzüge u. Paletots | Größe 7 bis 12 M. | 5.— |
| Burschen-Jacketts | Größe 7 bis 12 M. | 2.50 |
| Burschen-Westen | | M. 0.50 |
| Burschen-Westen | | M. 1.— |
| Jünglings-Paletots | Größe 38 bis 44 M. | 5.— |
| Jünglings-Anzüge, Kieler Anzüge und Pyjacks | | im Preise bedeutend herabgesetzt |

BaerSohn
Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Or. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog (Neueste Moden) kostenlos und portofrei.

Orts-Krankenkasse der Kürschner u. verwandl. Gewerbe in Berlin.
Fortsetzung der außerordentlichen General-Versammlung der Delegierten am Freitag, den 19. Februar 1910, abends 8^{1/2} Uhr, im Alten Schützenhause, Unionstr. 6.
Tagesordnung:
Statutenänderung bezw. Aufhebung der Zahlung von Beiträgen nach Alter und Gehalt und dafür Einführung nach Wohnorten.
Um persönliches Erscheinen wird gebittet.
Die ausgearbeitete Einladung legitimiert, ohne dieselbe sein Einlaß.
Der Vorstand.
C. Fritze, Vorsitzender.

J. Kurzberg
40 Rosenthaler Str. 40
I. Etage, direkt am Hackeschen Markt
Kein Waren-Kredit-Haus!
Bei Barzahlung 10% Rabatt

Herrn- u. Knaben-Garderobe
Kreutz für Maß.
Maß-Anfertigung.
Feinste Verarbeitung.
unter Leitung erstklassiger Schneidermeister

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren- u. Knaben-Garderobe

Möbelfabrik „Phönix“
Montag, den 6. März, vorm 9^{1/2} Uhr, im Geschäftstotal:
General-Versammlung.
103/16 Der Vorstand.

Bäckerlegenossenschaft Berlin
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Sonntag, den 27. Februar 1910, mittags 1 Uhr.
Bei Krone, Wegmayer Str. 18:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Genehmigung der Bilanz. 4. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat. 5. Statutenänderung. 6. Verschiedenes.
103/18
Der Vorstand.
Joh. Hummel, Ludwig Ertl.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Heizt Kocht Beleuchtet
mit **„DAPOL“**
garantiert rein amerikanisches Petroleum.
DAPOL rußt nicht!
DAPOL gibt eine helle Flamme!
DAPOL verbrennt geruchlos!
Erhältlich in allen Geschäften, wo das nebenstehende Plakat mit dem Indianerkopf anhängt.

DAPOL
DEUTSCH-AMERIKANISCHE PETROLEUM-GESELLSCHAFT
Keine Verwechslung mit österreichischem (galizisch) Petroleum.
228/1*



1 Mk. wöchentliche Teilzahlungen liefert elegante, fertige **Herrn-Garderoben**
Julius Fabian, Schneidermeister, Gr. Frankfurter Str. 37 II, Eingang Straußberger Platz. II. Geschäft: Turmstr. 18 nur I. Etage, kein Laden.
Ersatz für Maß Anfertigung nach Maß Tadellose Ausführung

Konsumgenossenschaft von Adlershof u. Umg.
Eingetr. Genossenschaft mit beschränk. Haftpflicht.

Samstag, den 6. März 1910, nachm. 2 1/2 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung
in Schmers Sport-Restaurant, Adlershof, am Bahnhf.

Tages-Ordnung:

1. Beratung des Statutenentwurfs betr. Errichtung des Genossenschafts-Vertrages.
 2. Antrag der Genossen in Ober-Schöneweide auf Einführung der Sonntagstruhe in den Verkaufsstellen.
 3. Wahl des 2. Vorstandsmitgliedes und eines Aufsichtsratsmitgliedes.
 4. Beiträge der Mitglieder.
- Anträge zur Generalversammlung müssen bis zum 24. Februar 1910 beim Vorstände schriftlich eingereicht sein.
Legitimationskarte oder Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand:
Germann Hildebrandt, Wilhelm Kobl.

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- und Silberarbeiter
und verw. Berufsgenossen (E. G.) in Schwab.-Gmünd.

Montag, den 21. Februar 1910, abends präzis 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung

(§ 23 des Statuts)
im Gewerkschaftshaus, Vogelauer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Jahres- und Rechenschaftsbericht vom Jahre 1909.
 2. Diskussion.
 3. Wahl für die nach § 23 des Statuts ausfallenden Mitglieder des Vorstandes.
 4. Verschiedenes.
- Das Kassendbuch legitimiert.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
H. H. E. Holtkamp, Vorsitzender, Adm.trafstr. 18 B.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Am Sonntag, den 20. Februar, mittags 12 Uhr, finden für Berlin und Umgegend
7 große öffentliche Bauhilfsarbeiter-Versammlungen

in folgenden Lokalen statt:

1. Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21. Referent: Genosse Otto Lehmann.
2. Aliens Festsäle, Hasenheide 13/14. Referent: Gen. Herm. Silberschmidt.
3. Frankes Festsäle, Badstr. 19. Referent: Genosse Otto Hanke.
4. Moabit, Kronen-Bräuerei, Alt-Moabit 47/48. Referent: Genosse Emil Lehmann.
5. Steglitz-Friedenau bei Schellhase in Steglitz, Moritzstr. 15. Referent: Genosse Paul Röcker.
6. Köpenick bei Stippelkohl in Köpenick, Schauerländer Str. 5. Referent: Genosse Max Anton.
7. Für Teltow und Zehlendorf in Zehlendorf bei Blocks, Sanktstr. 12. Referent: Gen. Stegmann.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag über: „Unsere nächsten Aufgaben“.
 2. Diskussion.
- Zahlreiches Erscheinen erwünscht (29.6) Der Zweigvereinsvorstand.

Zur Einsegnung!

Anzüge aus schwarzen Kammgarn- u. Meltonstoffen
Mk. 21.50, 17.50, 14.50

Anzüge aus dunkelblauem Kammgarn-Cheviot, ein- und zweifach Form
Mk. 28.50, 24.50, 18.50

Anzüge aus tief-schwarzen la. Kammgarn- u. Tuch-Kammgarn-Stoffen, Pa. Verarbeitung
Mk. 36.00, 30.50, 24.50

Anzüge zur Prüfung aus haltbaren, modern gemusterten Stoffen.
Mk. 22.50, 19.00, 17.50

Nur eigene Kollektion. — Prima Robbhaar-Verarbeitung.

M. Schulmeister
BERLIN SO., Dresdenerstraße 4, Hochbahn-Station Kottbuser Tor.



Schriften

von August Bebel.

Aus meinem Leben. I Teil, broschiert 1.50 M., geb. 2 M.
Die wahre Gestalt des Christentums von Yves Guyot und Sigismund Lacroix. Uebersetzt von August Bebel. Preis 50 Pf.
Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums“. Nicht einem Anhang: Die gegenwärtige und zukünftige Stellung der Frau. Vierte durchgesehene Auflage. Preis 75 Pf., Agitationsausgabe 30 Pf.

Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien. Preis 2 M., gebd. 2.50 M.

Die Frau und der Sozialismus. Preis 2.50 M., gebd. 3 M.

Das Verbrechen nach H. von dem man von den Schriften eines Karl Marx und Friedrich Engels absteht, das bedeutendste literarische Ereignis, welches der deutsche Sozialismus hervorgebracht hat. Wer den Sozialismus und seine Ziele kennen lernen will, wird nicht umhin können, sich der Fiktion des Buches zu unterziehen, dessen großer Reiz und streng, scharfer Ernst selbst bei den heftigsten Fragen auch seitens der Gegner offen anerkannt werden müssen.

Attentate und Sozialdemokratie. Nach einer Rede gehalten am 2. November 1898. Zweite Auflage, mit einem Nachwort. Preis 30 Pf.

Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“. Dritte Auflage. Preis 30 Pf.

Die Schrift ist ein historisches Dokument der deutschen Sozialdemokratie, trotzdem der damalige Standpunkt des Verfassers nach verschiedenen Richtungen hin überholt ist.

Sozialdemokratie und Antisemitismus. Preis 75 Pf., Agitationsausgabe 30 Pf.

Christentum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik zwischen Herrn Kaplan Hobbes und August Bebel. Neue Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis 10 Pf.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage. Tätigkeitsberichte und Wahlankunft aus den Jahren 1871 bis 1898. Preis 5 M., auch zu beziehen in fünf einzelnen Heften. Heft 1 kostet 60 Pf., alle weiteren 1 M.

Expedition des Vorwärts
BERLIN SW.
Lindenstr. 69, Laden.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.



„Unverleht = Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.“
Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kapplänge mit stark. Garmnähte im stark. Garm.
Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Plücker umsonst.
Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Männer-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 20-22 — Brückenstr. 25
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 19.
Haupt-Katalog gratis o. franko.
Nachb. verboten

A. B. Koch
Kohlen-Grifftrag-Handlung
Gegründet 1893.
Haupt-Kontor Berlin O. 24,
Petersburger Straße 1
(gegenüber Warschauer Straße).
Telephon Amt 7 Nr. 3040 u. 3060.

Lagerplätze u. Verkaufsstellen

- I. O. 24. Chb.-Güterbahnhof, Einga. Hüberdorfer Str. 71, fr. Chb.waren.
 - II. O. 17. Chb.-Güterbahnhof, Fruchtstr. 13.
 - III. N. 113. Weinstraße 28-34, Ecke Schilfdeiner Straße.
 - IV. N. 65. Antonstraße 36-41, Ecke Ruhelandsstraße.
- Preise für nur 12 Marken ab Platz von 10 Hfr. an:

- Primo Halbheine Str. 88 Pf.
Herbinand Str. 90 Pf.
Wariengrund Str. 90 Pf.

Nathan Wand

129 Stalher Str. 129.
Die schönsten Herren-Frühjahrs-Paletots und Anzüge in neuem sowie speziel Monats-Garderobe von kostbaren getragenen Sachen, fast neu, für jede Figur passend, besetzt auch angelegte sind in großer Auswahl und zu äußerst billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalher Str. 129.
Hochbahnhof Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Achtung! Vorwärts-Leser!

Dem heutigen Tage an eröffne ich Magstraße 17 eine
Bückererei
und möchte um gütigen Zuspruch bitten.
Hochachtungsvoll
Eduard Tolksdorf.

Zur Einsegnung
empfehle mein reichhaltiges Lager in Konfirmanden-Anzügen
Durch besonders günstigen Einkauf bin ich in der Lage zu nachfolgend billigen Preisen zu verkaufen.

Schwarze Kammgarn-Anzüge
beste Zutaten, Ia. Qualität
975 1250 1500

Prüfungs-Anzüge blau Cheviot und blau Kammgarn
beste Stoffe, solideste Ausführung
1150 1650 1950

Moderngemusterte Stoffe newest. Fassons gute Qualitäten
875 1125 1450

Julius Lindenbaum Nachf.
Inh. Walter Hampel
Große Frankfurter Straße, Ecke Fruchtstraße.

Kautabake — 6 Pfg.-Rollen
der Firma
Fischer & Herwig, Hann. Münden.
Erstklassiges Fabrikat.
Hauptniederlage:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70
Amt VII, 3047.

Vom Arbeiter zum Millionär
vom Handwerker, vom kleinen Beamten, vom Kaufmann, überhaupt von Jedem, der auf sein Aussehen hält, wird für billiges Geld wirklich aussehende, tadellose Garderobe gesucht. Nur im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Straße 93, erhalten Sie diese und können darin leicht

zum Millionär
werden. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten Werksstätten Deutschlands und des Auslands, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.
Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurter Straße 93.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles Geschäft. Keine Filialen am Platz.
Abteilung II Neue Garderoben.

ARDATH LONDON
SPLENDO CIGARETTES
Pfg. 5.
General-Depot:
M. Butze, Berlin N., Brunnenstr. 27. Tel. III, 8229.

Warnung!
Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabakes im Umlauf.
Der Kapitän-Kautabak ist nur echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:
Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
(ges. gesch. 75 658).
Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabake ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.
Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112. (VII. 3561.)

Abonnements- u. Monats-Garderoben
solche Items getragene nur auf Tage verliehen getragene Militär, Paletots und Hosen in allen Größen und Preislagen vorrätig. In Ausmischung und Preis sehr dem durchschnittlichen Gehalt entsprechend. Wir gute Uniform, prima Verarbeitung und erstklassige Zutaten liefern Ihnen zur Freude bei diesem großartigen nur in ersten Werksstätten des Inn- und Auslandes hergestellten. Wir arbeiten unter anderem trotzdem zu nachfolgend billigen Preisen

Anzüge 9⁵⁰ 13⁵⁰ 17⁵⁰ 19⁵⁰ • Paletots 7⁵⁰ 10⁵⁰ 13⁰⁰ 18⁰⁰
Verleihhaus feiner Herren-Moden, Leipzigerstr. 59 am Spittelmarkt, neben Nischinger (Sonntags geöffnet.)
Verleihung von Anzügen, Paletots, Hosen auf Tage, Wochen, Monate.
Gelegenheits-Lufe in neuen Garderoben: Anzüge von 7.50, Paletots von 8.00, Hosen von 1.00 an.

Abzahlungs-Geschäfte Credit-Haus Moabit

Lubascher, S. Spandau, Potsdamerstr. 23 I.

Sinalco (Bilzbrause) Gen.-Vorsitzer Otto Starick

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte

Hankes Brotbäckerei Inh.: Paul Hanke.

Peter's Gross-Bäckerei in allen Stadtteilen

Th. Turban Landbrotbäckerei, Niederbarnslauer Str.

Ulbrich Charlottenburg, 30 Filialen.

Badenanstalten Augustin-Bad, Köpenicker Str. 60/61.

Bandagen, Gummiwaren Lange, A. E., Brunnenstr. 147.

Beerdigungsanst., Sargm. Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143.

Beleucht.-Gegenstände Böttner, A., Danzigerstr. 96.

Berufsbildung Behr, R., Invalidenstr. 130, Chausseestr. 129.

Wilb. Scholem Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12.

Wecker, A. Kottbuserdamm 98.

Bergbrauerei Feinstes Doppelbier

Patzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbier

Berliner Bock-Brauerei Berliner Weißbier-Brauerei

BORUSSIA Matzbiel. Brauerei „Germania“

Brauerei Königstadt feinstes Qualitätsbier.

Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier.

Groterjans Malzbiel, Schöneberg-Allee 130.

Schlossbrauerei Schöneberg. Schloßbräu - Kronenbräu

Vereins-Brauerei Rixdorf Berliner Kindl.

Weissbier, C. Breithaupt, Pallasstr. 87.

Butter, Eier, Käse J. F. Assmann

Butterhandlung Fritz Muth. Schütz, Arthur, Rixd., Hermannstr. 39 u. 45.

Cacao, Chocolate Beer, Gust., Müllerstr. 156.

Cylix, G., Filialen in allen Stadtteilen.

Damenkonfektion Hugo Ahrenfeld, Gr. Frankf. Str. 117.

Dressel, Paul, Brunnenstr. 67.

Link, Paul, Rixdorf, Rüterstr. 68.

Paul Loewenthal Rosenthaler Straße 16/17.

A. Kieyer, Nowawes Friedrichstrasse 28.

Drogen u. Farben Gottschalk, Otto, Krautstr. 55a.

Wolf, Carl, Meabit, Turnstr. 69.

Fahrräd., Nähmaschinen Baum, Emil, Schöneberg, Herberstr. 1.

Fahrrad-Haus „Frisch an“ Brunnenstr. 39, Kottbuserdamm 9.

Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40. Haasch, Willy, Alte Jacobstr. 53.

Carl Pollnow, Frankfurter Allee 63.

Berliner Dampf-Wäscherei Fritz Herbig, Neue Königstr. 84.

Osw. Naefe ärberei chem. Wäscherei

Stenzel, Paul, 10 Geschäfte in Nord-Berlin.

Fischhandlungen Winkler & Barthold, Burgstr. 5 u. 57.

Fleischereien u. Wurstw. Mesold, R., Rixd., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken Anton Fehlau, Genhardtstr. 24.

Grammophone, Sprechm. Becker, W., Wilmersdorferstr. 137.

Hoppe, Städtische, Schöneberg-Allee 130.

Phonographen-Katz größtes Spezialhaus.

Rund um Berlin Weinmeisterstr. 2.

Haus- u. Küchengeräte Graff & Heyn, Wilmersdorferstr. 118/119.

Küchen-Schreiber, Dallwitzstr. 19.

Herren-Artikel Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 66.

Korren- u. Knabengard. Amerikanische Verkaufshaus.

Blitz! Bohn, R., Chausseestr. 129 u. 80.

Marks, F., kein Laden, daher bill. Preise.

Ringel Schneidermeister, Rixd. Bergstr. 30/31.

Rosner, Max, Lager fertig und nach Maß.

Werner, Brieb, Schöneberg-Allee 151. Müte, Mützen u. Pelzw.

LOBER-MUTE Frankfurter Allee 193.

Mandelfabrik, Prkt. Nord-Ost, Gr. Frankf. Str. 120.

Kaufhaus Emil Hoegner Schöneberg

Kaufhaus Gustav Pinkus Müllerstr. 165a.

Kaufhaus Gebr. Preuß Berl. NW, Bussell-Ecke.

Kohlen, Koks, Erkhatts Loebell, L., Kohlenbahnhof.

Kolonialwaren Buss, Wilh., NO, Weberstr. 2.

Alexander Bischoff, Gruse, O., Rixd., Bergstr. 101.

Leinwand, R. Rixdorf, Bergstr. 25/26.

Baumgarten, W., gr. Frkftr. Str. 29. Berliner „Norden“

Cohn, E., Gr. Frankfurter Str. 58.

Gleiser, A., Alexanderstr. 42.

Gerbahn, Landsbergerstr. 92.

Hönnicke, Otto, Elsassstr. 20.

Janitzkow, F., Möbelfabrik, Königs-Allee 5.

Leinwand, R. Rixdorf, Bergstr. 25/26.

Behnke, Marienburgerstr. 11. LF. Kons. Conrad, Paul, Frankf. Allee 171.

Fiebig, C., Winterfeldplatz, Rixdorf, Bergstr. 118/119.

Hannes, Gust., Weddingpl. 11.

Klein, A., Gr. Frankf. Str. 141.

Kühn, Rich., Frankf. Allee 118a.

Odrowald, F., Kottbuserdamm 102.

Räsen, R., Hermannstr. 52.

Schreier, J., Kottbuserdamm 40.

Uhr u. Goldwaren Art. Herm., Mantelstr. 114.

Ebert, Otto, Hüttenstr. 67.

Leinwand, R. Rixdorf, Bergstr. 25/26.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfest. Am heutigen Tage veranstaltet der Sparverein „Spare Fleißig“ im „Central-Schützenhaus“ Reinickendorf, Scharnweberstr. 3 sein Stiftungsfest.

In Wandlitz N.O. steht uns jetzt das „Gesellschaftshaus“, Joh. Georg Bahau, Prenzlauer- und Bernauerstrassen-Ecke, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Im 6. Kreis sind die „Konzert-Hallen Schmilch“, Joh. Georg Rosenthal, Vornholmer Straße 7 frei. Bezugsnehmend auf unsere Notiz in Nr. 29 vom 4. d. Mts.

Sechster Wahlkreis. Sonntag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr. Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen in den Brachfeld Rordwest, Pötelstr. 24.

Zehlendorf (Bannseebahn). Sonntag, den 20. Februar Flugblattverbreitung für die Gemeindevorwahlen.

Tempelhofer. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung zu der Dienstagabend im „Wilhelmspark“ stattfindenden Gemeindevorwahlenversammlung.

Weißensee. Sonntag, morgens 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Vogelhege-Rummelsburg. Zu der am Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale von Café Bellevue stattfindenden Gemeindevorwahlenversammlung findet am Sonntag früh eine Flugblattverbreitung über den ganzen Ort statt.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 20. Februar, früh 8 Uhr findet von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Berliner Nachrichten.

Kinderschutz im Hause.

Fast keine Woche vergeht ohne die Unglücksbotschaft, daß ein Kind aus dem Fenster gefallen ist und dabei den Tod fand oder mindestens zeitweilig zum Krüppel wurde.

Viele Mütter nehmen ihre Zuflucht zu Krippe, Kindergarten und Kinderhort. Viele Tausende von Kindern solcher Eltern, die außer dem Hause den halben oder ganzen Tag zu tun haben, erhalten hier notwendige, mitunter auch recht liebevolle Unterkunft.

Stadt und Polizei.

Der Umstand, daß die Polizei am Donnerstagabend gelegentlich der Stadtverordnetenversammlung im Rathaus sich eingefunden hatte, aber schließlich sanft hinauskomplimentiert wurde,

Verschärfte Ermittlung von Vergiftungen. Eine gründlichere Untersuchung der Leiche oder sonst gefundenen verdächtigen Stoffe beim Verdacht einer Vergiftung bezweckt ein besonderer Erlaß des Kultusministers an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin.

Der Ochsenlopp. Es sind jetzt gerade 25 Jahre her, seit mit dem Bau des Polizeipräsidentiums am Alexanderplatz begonnen wurde, wobei das alte Berliner Arbeitshaus verschwand.

Mühsicht auf die Kirche. Wegen einer vorzeitigen Entlassung aus der Volksschule richtet sich eine bemerkenswerte Verfügung der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen der königlichen Regierung in Potsdam, die von allgemeinem Interesse ist.

Eisenbahn und Sittlichkeit.

Auf dem Ringbahnhof Frankfurter Allee wird gegenwärtig die bisherige hölzerne Dachkonstruktion durch eine eiserne ersetzt.

Heilsarmeeclub.

Ueber die Geschäftsführung der Heilsarmee haben wir am Donnerstag einige nähere Mitteilungen gemacht. Diese Angaben haben es einem Heilsarmeeclubmitglied angetan, der in einer Heilsarmeeversammlung folgenden Blödsinn zum besten gab:

Im Krankenhaus verstorben ist gestern der 21-jährige Dischgraph Hermann Splettschöber, der sich vor einigen Tagen mit Sublimat zu vergiften versuchte.

Ein Lotterieschwindler treibt im Westen Berlins und in Charlottenburg gegenwärtig sein Wesen. Es handelt sich um einen etwa 21-jährigen, sehr elegant und sicher auftretenden jungen Mann.

Auf der Straße gestorben ist gestern abend um 8 1/2 Uhr eine unbekante Frau, die ein Schuttmann auf dem Flur des Hauses Lützner Str. 24 krank und hilflos liegen fand.

Berzweiflungstat aus Ost. Großes Aufsehen verursachte in der vergangenen Nacht die Verzweiflungstat eines Arbeiters an der Weidenammer Brücke.

Georg Haberkern, Auguststr. 37, sendet uns mit Bezug auf die Notiz: „Zum Notwendigen“ eine Zuschrift, in der er unter mihörwürdlicher Verungung auf das Preßgesetz darlegen will,

Bermittelt wird seit dem 9. Januar d. J. der 48 Jahre alte geisteschwache frühere Vogelkändler Hermann Saueremann. Er hat sich ohne Geld und Papiere aus seiner Wohnung entfernt und tritt wahrscheinlich planlos in Berlin umher.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Gegen die Einführung der Wertzuwachssteuer machen die vereinigten Rixdorfer Grundbesitzer-Vereine mobil.

Vor einigen Tagen befaßte sich eine Versammlung der vereinigten Grundbesitzer mit der Einführung der geplanten Wertzuwachssteuer. Da Herr „Wahlrechts-Verfälscher“ Stadtverordneter Rahmig den Vorsitz führte, ist der „Geist“ dieser Versammlung eigentlich schon gekennzeichnet.

Simplicissimus und Radbodverwaltung.

Das Urteil des Schöffengerichts Hamm, das den Redakteur und Zeichner des „Simplicissimus“ Bulbrassen am 7. Dezember... Das Urteil des Schöffengerichts Hamm, das den Redakteur und Zeichner des „Simplicissimus“ Bulbrassen am 7. Dezember...

Der „Simplicissimus“ veröffentlichte am 14. Juni ein Bild mit der Ueberschrift „Radbod“. Das Bild zeigte mehrere, unten in der Grube liegende Skelette der verunglückten Bergleute... Der „Simplicissimus“ veröffentlichte am 14. Juni ein Bild mit der Ueberschrift „Radbod“.

Aus der Schweisaufrage sei folgendes hervorgehoben: Der frühere Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, Vromme, steht in Uebel, hat belundet: Ich war am Himmelfahrtstage in der Kolonie bei Hamm und sah die Sagen der Witwe Dora unter freiem Himmel herumliegen... Aus der Schweisaufrage sei folgendes hervorgehoben:

In der Sache selbst nimmt das Gericht an, daß das Bild in Verbindung mit dem Text folgendes darstellen sollte: Während noch die Leichen unter der Erde sind, hat die Radbodverwaltung die Witwen... In der Sache selbst nimmt das Gericht an, daß das Bild in Verbindung mit dem Text folgendes darstellen sollte:

hat, und es ist auch ihre Bührlichkeit gegen die Unterstützungen durch das Komitee bekannt. Da durfte allerdings die Radbodverwaltung energig vorgehen und dafür sorgen, daß die Frau wegkam! Die Verwaltung hat auch ordnungsgemäß gefündigt und der Frau noch einen Monat Zeit gelassen... hat, und es ist auch ihre Bührlichkeit gegen die Unterstützungen durch das Komitee bekannt.

Wäre der verurteilte Redakteur nicht im Bezirk der Kläger, sondern an seinem Wohnort zur Aburteilung gelangt, so wäre schwerlich auf Strafe, sicherlich nicht auf eine so hohe Strafe erkannt. Weder den Grad der Rücksichtslosigkeit, unter der die Witwen mit und ohne Kinder zu leiden hatten und über die Frage, wem die Schuld hieran beizumessen ist, würde ein Schöffengericht in Hamm jemals die Ansicht der gelehrten Richter in Dortmund geteilt haben... Wäre der verurteilte Redakteur nicht im Bezirk der Kläger,

Aus Industrie und Handel.

Abkühlung am Kohlenmarkt.

In einer am 18. Februar abgehaltenen Fachsenhändlerversammlung hat der Verband des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels wie folgt über die Marktlage berichtet: Die Absatzverhältnisse im Monat Januar d. J. weisen gegen den Vormonat einen geringen Rückgang auf, lassen jedoch gegen den Monat Januar 1909 einen ganz erheblichen Fortschritt erkennen... In einer am 18. Februar abgehaltenen Fachsenhändlerversammlung hat der Verband des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels wie folgt über die Marktlage berichtet:

Bankabschlüsse.

Die Nationalbank für Deutschland erzielte im letzten Jahre einen Bruttogewinn von 11 533 739 M. (im Vorjahr 10 162 194 M.). Aus dem Reingewinn von 7 887 202 M. (6 853 783 M.) werden 5 200 000 M. als 6 1/2-prozentige Dividende (4 800 000 M. — 6 Proz. Dividende) ausgeschüttet... Die Nationalbank für Deutschland erzielte im letzten Jahre einen Bruttogewinn von 11 533 739 M.

Die Berliner Handelsgesellschaft berechnet für 1909 einen Bruttogewinn von 16 Millionen Mark, einen Reingewinn von 13 040 742 M. und setzt die Dividende auf 9 Proz. — 9,9 Millionen Mark fest. Vorgelegt werden 1 054 466 M. Die vorjährigen Ziffern waren folgende: 14 026 557 M. Bruttogewinn, 11 664 503 M. Reingewinn, 9 Millionen Mark Dividende und 871 226 M. Vortrag... Die Berliner Handelsgesellschaft berechnet für 1909 einen Bruttogewinn von 16 Millionen Mark,

Die Kleinbahn Vocholt-Kalten (Holland) ist nunmehr vollendet, so daß die Abnahme durch die Regierung erfolgen kann und der Zubetriebnahme zum 1. April wohl nichts Wesentliches mehr im Wege steht. Da die Bahn in erster Linie dazu dienen soll, der Vocholter Industrie holländische Arbeiter zuzuführen... Die Kleinbahn Vocholt-Kalten (Holland) ist nunmehr vollendet, so daß die Abnahme durch die Regierung erfolgen kann und der Zubetriebnahme zum 1. April wohl nichts Wesentliches mehr im Wege steht.

Die Verkehrseinahmen deutscher Eisenbahnen haben im Monat Januar d. J. im Personenverkehr 50 050 983 M. (+ 4 824 220 M.) und im Güterverkehr 126 107 580 M. (+ 7 873 168 M.) betragen. Die Betriebseinnahmen der preussisch-hessischen Staatsbahnen haben im Januar d. J. gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr 3,5 Millionen Mark, im Güterverkehr 6 Millionen Mark, insgesamt einschließlich der Mehreinnahme aus sonstigen Quellen 9,5 Millionen Mark mehr betragen... Die Verkehrseinahmen deutscher Eisenbahnen haben im Monat Januar d. J. im Personenverkehr 50 050 983 M.

Französische Proteste gegen die Zollserhöhungen. Wie dem „Deutsch-französischen Wirtschaftverein“ mitgeteilt wird, hat jetzt auch die „Liga“ des südwestfranzösischen Frucht- und Blumenhandels Ende voriger Woche zu Lyon eine Protestversammlung gegen den neuen französischen Zolltarif veranstaltet... Französische Proteste gegen die Zollserhöhungen. Wie dem „Deutsch-französischen Wirtschaftverein“ mitgeteilt wird, hat jetzt auch die „Liga“ des südwestfranzösischen Frucht-

und Blumenhandels Ende voriger Woche zu Lyon eine Protestversammlung gegen den neuen französischen Zolltarif veranstaltet, an welcher sich auch Vertreter der in naheliegenden Fachvereine der Landwirtschaft, des Gartenbaus, des Frucht- und Blumenhandels von Cannes, St. Cyr, Antibes, Moulons, Toulon, Nizza, Neres und Biscarosse-Sur-Mer beteiligten. Vertreter waren insgesamt 7000 Gärtner der Departements der Seelapen und von Var. Nach einem Vortrag des Generalsekretärs des Comité Commercial Franco-Allemand, Herrn Lucien Coquet, über die Entwicklung des französischen Exportes von Blumen, Früchten und Frühgemüsen nach Deutschland und die Zolltarifrevision wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:... und Blumenhandels Ende voriger Woche zu Lyon eine Protestversammlung gegen den neuen französischen Zolltarif veranstaltet,

In Anbetracht, daß unser Blumen- und Früchteexport nach Deutschland sich auf 10-15 Millionen Frank jährlich beläuft, daß die Rentabilität dieses Handels vollkommen abhängt von der Sicherheit des Schnellzugtransportes, daß man gegenwärtig in Deutschland damit umgeht, die bisherigen Zugstände bei des Schnellverkehrs zu modifizieren, eine Verzögerung des Transports aber den Absatz stark beschränken und unsere ausländischen Konkurrenten in Vorteil setzen würde, daß diese Bestrebungen in Deutschland aber provoziert sind durch die drohende Erhöhung der französischen Eingangszölle auf wichtige deutsche Exportartikel, fordert die Versammlung, daß die Vertreter der Bezirke von Var und den Seelapen, deren wirtschaftliche Interessen durch die drohenden deutschen Repressalien schwer getroffen würden, bei der Beratung der Zollvorlage im Senat für die Interessen unserer Liga eintreten und ihre Forderungen nachdrücklich unterstützen... In Anbetracht, daß unser Blumen- und Früchteexport nach Deutschland sich auf 10-15 Millionen Frank jährlich beläuft,

Ein Kaufschul-Traut. In London ist die Gründung eines großen Trauts der Kautschukfabrikanten beabsichtigt. Der Leiter des Unternehmens ist Mr. Danne Zucker, der alle großen Plantagenbesitzer und englischen Kautschukfabrikanten vereinigen will. Die Vorteile des Trauts sollen in der Anschaffung des Zwischenhandels und Befreiung von der Kontrolle eines amerikanischen Trauts bestehen... Ein Kaufschul-Traut. In London ist die Gründung eines großen Trauts der Kautschukfabrikanten beabsichtigt.

Soziales.

Den Tod zum Gärtner

machte der Fabrikant Siegfried Bonn, als er für die Zeit mehrwöchiger Abwesenheit dem Geschäft den Einkäufer E. Ritterband zu seinem Vertreter und Geschäftsführer einschickte. Das stellte sich bei einer Klage heraus, die in der letzten Sitzung des Kaufmannsgerichts verhandelt wurde. R. der Familienvater ist, war nach der Rückkehr des Prinzipals sofort seiner Stellung enthoben worden, weil sich ergab, daß er das in ihn gesetzte Vertrauen in größtmöglicher Weise mißbraucht hatte. Der Beklagte beschäftigt eine große Anzahl von Arbeiterinnen, und der Kläger soll nicht nur das Personal gegen den Chef aufgebeutelt haben, sondern der Beklagte wirft ihm auch sittliche Verfehlungen vor. Von den zur Verhandlung geladenen vier Zeuginnen war eine am Erscheinen verhindert, da sie zur Zeit als Wäscherin in der Charité liegt. Von den übrigen wurde nur die Zeugin R., ein fünfzehnjähriges Mädchen, vernommen. Sie belundet, daß sie der Kläger dreimal nach Geschäftsbeschluss ins Privatkontor bestellt und ihr jedesmal unästhetische Anträge gestellt habe. Unter dem Druck dieser belustigenden Aussage gibt der Kläger die Versicherung selbst zu und schränkt sie nur dahin ein, daß er mit der Klägerin nur einmal, nämlich dreimal, darüber gesprochen hätte. Die Zeugin belundet weiter, daß R., der sich dahin stets lebendwürdig zu ihr war, von dem Tage an, da sie sich weigerte, seinen Wünschen zu willfahren, kurz und schroff zu ihr war... machte der Fabrikant Siegfried Bonn, als er für die Zeit mehrwöchiger Abwesenheit dem Geschäft den Einkäufer E. Ritterband zu seinem Vertreter und Geschäftsführer einschickte.

Das Kaufmannsgericht legte dem Kläger bringend nahe, seine Klage unter diesen Umständen lieber zurückzunehmen. Da er das ablehnte, wies es ihn mit seinem Anspruch auf Festgehalt ab. Die Entlassung sei nicht nur gerechtfertigt, sondern für den Prinzipal geradezu eine Pflicht. Man könne es von einem Chef nicht verlangen, daß er einen Angestellten, ganz gleich welcher Stellung, der sich derart gegen Justiz und Sittlichkeit verhalte und mit Bestimmungen des Strafgesetzbuches in Konflikt bringe, auch nur eine Stunde nach Kenntnisnahme im Geschäftsbetriebe belasse... Das Kaufmannsgericht legte dem Kläger bringend nahe, seine Klage unter diesen Umständen lieber zurückzunehmen.

Der Kläger wird sich über den neuen Rechtsmittel freuen, der ihn berechtigen würde, wegen Mitteilung dieses wahren Vorfalls 10 000 M. Geldstrafe, 2 Jahre Gefängnis und 20 000 M. Buße für sich selbst zu verlangen... Der Kläger wird sich über den neuen Rechtsmittel freuen, der ihn berechtigen würde, wegen Mitteilung dieses wahren Vorfalls 10 000 M. Geldstrafe, 2 Jahre Gefängnis und 20 000 M. Buße für sich selbst zu verlangen.

Erhöhung der Unfallrente.

Um wieviel besser ein Richterarbeiter vom Ofen bei Unfallanfällen behandelt wird als ein Arbeiter, für den die Unfallversicherung eintritt, zeigt wieder der nachstehend vom Reichsgericht entschiedene Fall. Während bei der Arbeiter-Unfallrente keinerlei Rücksicht auf spätere Erhöhung des Durchschnittslohnes genommen wird, kann ein anderer, insbesondere ein Beamter verlangen, daß seine Rente erhöht wird, wenn die Gehälter Gleichstehender erhöht sind... Um wieviel besser ein Richterarbeiter vom Ofen bei Unfallanfällen behandelt wird als ein Arbeiter, für den die Unfallversicherung eintritt, zeigt wieder der nachstehend vom Reichsgericht entschiedene Fall.

Das Reichsgericht hat dieser Tage in einem Prozeß eines Polizeibeamten gegen die Große Berliner Straßenbahngesellschaft anerkannt, daß auf die nach dem Unfall eingetretene Erhöhung der Beamtengehälter Rücksicht genommen werden muß... Das Reichsgericht hat dieser Tage in einem Prozeß eines Polizeibeamten gegen die Große Berliner Straßenbahngesellschaft anerkannt, daß auf die nach dem Unfall eingetretene Erhöhung der Beamtengehälter Rücksicht genommen werden muß.

Der Kriminalbeamte B. zu Berlin hatte am 1. Januar 1902 durch die Große Berliner Straßenbahn einen Unfall erlitten, demzufolge seine zwangsweise Pensionierung versagt wurde. Von seinen daraufhin an die Bahn gerichteten Schadenersuchsansprüchen erkannte diese Bezahlung von 650 M. Jahresrente bis zum 65. Lebensjahre und von 250 M. bis zum 70. Lebensjahre, darstellend die Differenz zwischen Aufgehalt und früherem Dienstverdienst des Klägers, als ersatzpflichtig an. Dieses Anerkennungs-schreiben drückt aus, daß für die Rente die Pflicht zur Zahlung der genannten Summen bestehe und daß hinsichtlich der weitergehenden Ansprüche eine Aufklärung notwendig sei. Außer den anerkannten Summen wurden dem Kläger durch rechtskräftig gewordenen Urteil eines Vorprozesses noch zugesprochen 290 M. jährliche Rente über das 70. Lebensjahr hinaus bis zu seinem Tode, 673,70 M. weitere jährliche Rente, die sich aus einem Privatverdienst durch Ausübung einer Sandverwalterstelle und aus Dienstauswärtigkeitsschuldung zusammensetzt, sowie ein Vorkost von 186,65 M. für zukünftig notwendig werdende ärztliche Behandlung, Medikamente usw. In der jetzt vorliegenden Klage behauptet der Kläger, daß die Beklagte durch ihr Anerkennungs-schreiben seine Ansprüche dem Grunde nach anerkannt habe. Da nun seit April 1906 der Wohnungsgeldzuschuß der Kriminalbeamten erhöht worden ist und weil seit 1. April 1907 das Höchstgehalt der Kriminalbeamten von 1600 Mark auf 1900 M. gestiegen ist, behauptet der Kläger Erhöhung der anerkannten Jahresrente um 420 M. und Erhöhung der ihm bis zu seinem Lebensende zugesprochenen Jahresrente um 809 M... Der Kriminalbeamte B. zu Berlin hatte am 1. Januar 1902 durch die Große Berliner Straßenbahn einen Unfall erlitten, demzufolge seine zwangsweise Pensionierung versagt wurde.

Das Landgericht Berlin als erste Instanz erkannte die Ansprüche des Klägers auf Zahlung der weiteren Jahresrente in Höhe von 420 M. als gerechtfertigt an, wies den Kläger jedoch mit der Anforderung ab. Das Kammergericht Berlin hat den Kläger auf die Berufung der Beklagten vollständig abgewiesen. Es spricht aus, daß der Kläger nach § 323 der Zivilprozeßordnung Erhöhung der Rente fordern konnte, wenn eine von der betreffenden Gesellschaft umfassende Aenderung der Verhältnisse vorliege, jedoch sei Voraussetzung dabei, daß die Rente, welche der Kläger bisher bezogen hat, und welche er erhöht verlangt, ihm durch Urteil zugesprochen worden war und nicht auf bloßer Vereinbarung oder Bewilligung beruhe. Es liege aber nur vertragliche Jubilierung der Rente vor. Hierbei habe die Beklagte sich zu einer Mehrzahlung als die ziffermäßig anerkannte Summe nicht verpflichtet und könne deshalb auch eine Unterbrechung der Verzinsung nach § 205 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht angenommen werden... Das Landgericht Berlin als erste Instanz erkannte die Ansprüche des Klägers auf Zahlung der weiteren Jahresrente in Höhe von 420 M. als gerechtfertigt an, wies den Kläger jedoch mit der Anforderung ab.

Das Kammergericht Berlin hat den Kläger auf die Berufung der Beklagten vollständig abgewiesen. Es spricht aus, daß der Kläger nach § 323 der Zivilprozeßordnung Erhöhung der Rente fordern konnte, wenn eine von der betreffenden Gesellschaft umfassende Aenderung der Verhältnisse vorliege, jedoch sei Voraussetzung dabei, daß die Rente, welche der Kläger bisher bezogen hat, und welche er erhöht verlangt, ihm durch Urteil zugesprochen worden war und nicht auf bloßer Vereinbarung oder Bewilligung beruhe. Es liege aber nur vertragliche Jubilierung der Rente vor. Hierbei habe die Beklagte sich zu einer Mehrzahlung als die ziffermäßig anerkannte Summe nicht verpflichtet und könne deshalb auch eine Unterbrechung der Verzinsung nach § 205 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht angenommen werden... Das Kammergericht Berlin hat den Kläger auf die Berufung der Beklagten vollständig abgewiesen.

Dieses Urteil des Kammergerichts ist jetzt vom Reichsgericht aufgehoben worden. Der erkennende VI. Zivilsenat erklärt, daß das Anerkennisschreiben der Besagten nur dahin verstanden werden kann, daß sie anerkennt, nach dem Darpflichtgesetz zur Zahlung der im Rahmen des Gesetzes liegenden Schadenersatzforderungen verpflichtet zu sein, daß sie den Anspruch des Klägers also dem Grunde nach anerkannt habe. Dies müsse sie nun gelten lassen, da auch der Kläger das Anerkennisschreiben nicht habe anders verstehen können. Infolgedessen stellte das Reichsgericht das landgerichtliche Urteil wieder her, soweit es dem Kläger die weiteren 420 M. jährliche Rente zuerkennt. Bezüglich der Rechtsforderung wurde die Sache an das Kammergericht zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen, da in dieser Richtung noch weitere Feststellungen tatsächlicher Natur nötig sind.

Vorort-Nachrichten

Friedenau.
Ausschützens Gemeindevorordnetenwahl. Die Wahl der Gemeindevorordneten von Friedenau wurde 1904 von 15 auf 18 erhöht. In den Jahren 1906 und 1908 mußten deshalb Auslosungen erfolgen, um zu der gesetzlich erforderlichen gleichmäßigen Verteilung der Gemeindevorordneten auf die einzelnen Klassen und Wahlperioden zu gelangen. Im Jahre 1908, wo aus jeder Klasse zwei Vertreter gewählt werden sollten, schieden turnusmäßig fünf Gemeindevorordnete aus der Gemeindevorsetzung aus. Der letzte Ausschützens wurde durch das Los freigestellt. Die Gemeindevorsetzung nahm die Auslosung unter den Vorordneten der zweiten Klasse vor, welche turnusmäßig 1910 auszuschneiden hatten. — Bei der Wahl siegten dann in der zweiten Abteilung der Rechtsanwältin Uhlenbrock und der Rentier Knud. Beide Wahlen folgt der Architekt Ruhmann im Verwaltungsbereich an, weil nach seiner Meinung die Art der Auslosung geschwinder gewesen sei. Die Auslosung hätte nur unter den 1904 zur Verhinderung der Gemeindevorsetzung Gewählten vorgenommen werden dürfen. Kreisaustrich und Bezirksausstrich wies jedoch die Klage ab und das Oberverwaltungsgericht verwarf geltend die Revision des Klägers. Es führte im Gegensatz zum Bezirksausstrich aus, daß allerdings ein erheblicher Zweifel besteht, ob von der Gemeindevorsetzung bei den Auslosungen 1906 und 1908 korrekt verfahren sei und ob nicht die Auslosungen auf die 1904 zur Verhinderung der Gemeindevorsetzung Gewählten beschränkt werden müssen, bis der ordentliche Ausschützens Ausscheidungssternus herauskam. Diese Erwägung sei aber verspätet. Wollte man sie geltend machen, dann hätte man die unangefochten gebliebenen Wahlen von 1906 anfechten müssen, als die bemängelte Art der Auslosung zum erstenmal vorgenommen worden war. Diesmal — im Jahre 1908 — sei demzufolge die Gemeindevorsetzung in einer Zwangslage gewesen. Sie hätte sehen müssen, wie sie am besten herauskam, und habe einen Weg eingeschlagen, der der einzig zweckmäßige war. Eine Verletzung gesetzlicher Bestimmungen könne nicht angenommen werden.

Ober-Schönweide.
Gemeindehaushalt. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1910 läuft in Einnahme und Ausgabe in die Summe von 1 975 100 Mark aus. Hiervon entfallen auf außerordentliche Ausgaben 532 100 M., und zwar für Deckung der Kosten für Regenausslässe in der Lautener- und Siemensstraße 326 100 M. und für das Feuerlöschwesen 6000 M. Von den 1 643 000 M. betragenden laufenden Ausgaben werden gedeckt durch Gemeindevonnahmen, als Gebühren, Staatsbeiträge und sonstige Einnahmen ausschließlich Steuern 618 045 M., so daß durch Steuern 1 029 955 M. zu decken sind. Davon entfallen auf die einzelnen Steuerarten: Gemeindevonnahmensteuer (130 Proz. Zuschlag) 412 100 M., Grundsteuer (3 M. vom Tausend

des gemeinen Wertes) 183 000 M. bei bebauten Liegenschaften, und 158 400 M. (6 M. vom Tausend) bei unbebauten Liegenschaften, Gewerbesteuer 177 125 M., Umsatzsteuer (1 Proz. für bebauten und 2 Proz. für unbebaute Grundstücke) 70 000 M., Bier- und Brausteuer 21 000 M., Hundsteuer 6000 M. und Lustbarkeitssteuer 1650 M. Auf die einzelnen Spezialsteuern verteilen sich die Ausgaben wie folgt: Allgemeine Verwaltung 208 800 M., Straßen, Brücken, Gemeindegüter 222 165 M., Armenwesen und Gesundheitspflege 63 000 M., Feuerlöschwesen 7760 M., Steuerverwaltung 119 800 M., Schulverwaltung und -Einzug 350 182,70 M., Volksschulwesen 575 650 M., Realgymnasium 63 400 M., Höhere Mädchenschule 57 400 M., Fortbildungsschule 14 650 M., Friedhofsverwaltung 24 000 M., Kanalisationswerk 86 400 M., Wasserwerk 20 400 M., Verwaltung des Stiftungsvermögens 6312 M. und für diverse Ausgaben, als Zuschüsse, Beiträge 23 600,30 M. Zuschüsse erfordern: die Volksschule 503 700 M., Realgymnasium 44 900 M., Höhere Mädchenschule 27 400 M., Fortbildungsschule 3050 M., Wasserwerk 6100 M., Stadthof 18 200 M., Feuerlöschwesen 7700 M. Der Einkommensteuereinzug von 130 Proz. bedeutet gegen das Vorjahr eine Erhöhung von 5 Proz. Bemerkenswert ist die Erhöhung der Einkommensteuer, welche dadurch entstanden ist, daß die Abgaben und der Zuschuß in Gemeindegüter genommen sind. Während früher der Zuschuß des Wochenmarktes 8000 M. nach zahlte, haben jetzt die Einkommen mit 9500 M. zu Buch. Die Abgaben, für welche 6000 M. Einnahme vorgesehen ist, brachten früher nur 1200 M. Post. Für die Verabreichung warmen Frühstücks an bedürftige Schulkinder sind 1000 M. eingestellt, für 40 Freistellen in Kinderheimstätten 2400 M. Daß die Gemeinde auch für das geistige Wohl der Einwohner zu sorgen versteht, beweist die Tatsache, daß an die Kirchengemeinden Zuschüsse in Höhe von 4000 M., wie alljährlich vorgesehen sind und für Erteilung des katholischen und protestantischen Religionsunterrichts am Realgymnasium und der höheren Mädchenschule 870 M. gefordert werden. Für Verköstigung der Volksschüler sind ganze 800 M. übrig. Die ganze Aufmachung des Etats zeigt, wie notwendig es ist, daß bei den kommenden Gemeindevorsetzungen unsere Genossen Vertreter in die Vertretung senden müssen, welche gewillt sind, ernsthaft die Interessen des größten Teiles der Einwohnerschaft zu wahren.

Versammlungen.

Verband der Sattler und Portefeuliers. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Mittwoch ihre Jahresversammlung ab. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor und wurde von Schulze noch mündlich ergänzt. Das vergangene Jahr war ein wichtiges und auch erfolgreiches Jahr. Wichtig, durch den beschlossenen Zusammenschluß der Portefeuliers mit den Sattlern, um entgegen den großen Umwälzungen in den Verwaltungen im Jahre 1909 von allen Verdrängen der Militärbranche die militärischen Interessen aufzuweisen. Es kommt dies daher, daß fortwährend neue Ausrüstungsgegenstände herausgegeben werden und die Zahlanten bei der Festsetzung der Preise sich nicht daran scheuen wollen, in Verbindung mit ihren Arbeitern zu treten. In der Geschäftsbilanz hat die Organisation nur eine Lohnbewegung geführt und zwar bei der Firma Döring u. Schmitt, die das ihr zugesicherte Schreiben der Organisation zerrissen zurücksandte. Als aber die Arbeit ruhte, besann sich diese Firma und schrieb sofort an die Organisation zwecks Verhandlungen. Der Erfolg war für die Organisation vollkommen. Die Frauensattler haben ihren Vertrag bis zum März 1910 verlängert. Von Erfolg war auch eine Bewegung in der „Wasserdichten Branche“ (Zelte, Klänge usw.) begleitet, während die Angehörigen der Treibriemenbranche im einzelnen Vorteile erlangen haben. Jedoch kam es in der Treibriemenfabrik „Anton“ anlässlich einer Maßregelung zur Arbeitsentziehung. Letzter fanden sich Arbeitswillinge, so daß die

Sache schling. In der Portefeuliers- und Reiseartikelbranche, der stärksten Gruppe innerhalb des Berufes, ist durch die erfolgte Verschmelzung die Mitgliederzahl auf 1360 gestiegen. Für die Galanterie- und Gürtelarbeiten lief am 1. Juli der Tarif ab; Verhandlungen mit den Fabrikanten scheiterten, so daß zurzeit kein Tarif besteht. In der Täschnerlei wurden auf dem Verhandlungswege Erfolge erzielt. Der frühere Kollege und jetzige Fabrikant D. Schierz mußte erst zur Anerkennung des Vertrages gezwungen werden. Die Kofferbranche hatte, abgesehen von einer Firma, wenig oder gar keine Differenzen. Die Altkum-, Kappen- und Ledergalanteriebranche schloß sich dem allgemeinen Tarif für die Lederwarenindustrie an. Aus der Linoleumbbranche sind Lohnbewegungen nur bei einer Firma zu verzeichnen, die mit einer Lohnhöhung und dem Neuaufschluß eines Tarifs endeten. In der Motorwagenfabrik in Reinickendorf ist eine eigene Sattlerei eingerichtet worden. Dieser Betrieb ist eine Domäne der gelben Organisation, Arbeitskräfte werden nur durch den gelben Arbeitsnachweis vermittelt. Von 8 Kollegen gehörten 7 dem Sattler- u. Portefeuliersverband an. Diese wurden beim Direktor der Fabrik vorkollig, um für ihre Person aus dem gelben Punde auszuschneiden. Als diese Forderung von der Direktion abgelehnt wurde, stellten die Betroffenen die Arbeit ein und über den Betrieb wurde die Sperrung verhängt. In der Eisenmöbel- und Lederstuhlbranche mußte man sich infolge der ungünstigen Geschäftslage darauf beschränken, die bestehenden Verhältnisse hochzuhalten. Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1909 1153 (38 weibliche), im Dezember 1909 2343 (131 weibliche). Die Zahl der Arbeitslosen im letzten Jahre weist 2263 auf, verlangt wurden 1124. Stellen besetzt 834. Die Bibliothek ließ 1580 Bände aus. Einnahmen der Hauptkasse: Bestand am 1. Jan. 1909: 810,75 M. (Zuschuß aus der Hauptkasse 700 M.); Summa: 54 815,80 M. Ausgaben 54 815,80 M. (An die Hauptkasse gefandt 17 587,06 M.) Restkassette: Einnahmen 43 608,91 M., Ausgaben 12 021,04 M., Bestand am 31. 12. 1909: 31 586,97 M. Berliner Verwaltung: Einnahmen 9660,23 M., Ausgaben 9168,05 M., Bestand am 31. Dezember 1909: 494,18 M. Zum Schluß berichtete noch Weinschild über die neugegründete Jugendabteilung, die weit über Erwartung hinaus gedeiht sei. Zum Vorsitzenden derselben wurde H. Schmidt gewählt.

Kunstlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktballen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr gering, Geschäft langsam, Preise unverändert. Wild: Zufuhr gering, Geschäft langsam, Preise behauptet. Weizengut: Zufuhr reichlich, Geschäft langsam, Preise wenig verändert. Rind: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise teilweise hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrucht: Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft ausfallend, Preise gedrückt.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner
Wetterbureau.

| | am | 17. 2. | 16. 2. | | am | 17. 2. | 16. 2. |
|-------------|--------|--------|--------|-------------|--------|--------|--------|
| | am | 17. 2. | 16. 2. | | am | 17. 2. | 16. 2. |
| Baerentanz | 17. 2. | 16. 2. | 15. 2. | Baerentanz | 17. 2. | 16. 2. | 15. 2. |
| Brandenburg | 465' | -10 | -10 | Brandenburg | 180 | -4 | -4 |
| Elbe, Havel | 465' | -3 | -3 | Elbe, Havel | 192 | -1 | -1 |
| Elbe, Havel | 218' | +6 | +6 | Elbe, Havel | 154 | +1 | +1 |
| Elbe, Havel | 170 | -2 | -2 | Elbe, Havel | 60 | -2 | -2 |
| Elbe, Havel | 224 | -9 | -9 | Elbe, Havel | 160 | -1 | -1 |
| Elbe, Havel | 227 | +12 | +12 | Elbe, Havel | 40 | -6 | -6 |
| Elbe, Havel | 178 | +6 | +6 | Elbe, Havel | 153 | -15 | -15 |
| Elbe, Havel | 126 | +2 | +2 | Elbe, Havel | 494 | -10 | -10 |
| Elbe, Havel | 46 | -4 | -4 | Elbe, Havel | 354 | -27 | -27 |
| Elbe, Havel | 32 | -6 | -6 | Elbe, Havel | 427 | -34 | -34 |
| Elbe, Havel | 288 | -18 | -18 | Elbe, Havel | 174 | +23 | +23 |
| Elbe, Havel | 193 | -12 | -12 | Elbe, Havel | 283 | -9 | -9 |
| | | | | Elbe, Havel | 218 | +15 | +15 |

+) + höherer Stufe. — Anl. — *) Unterpegel. — *) Höchst. — *) Berechnung des Mittelwerts. *) Höchst.

Zur Prüfung und Einsegnung

Aus der Schule entlassen wird der Jüngling im Prüfungs- und Einsegnungs-Anzug. Die müssen ihm noch lange Dienste tun, sei es als Lehrlings-Anzug, im Bureau oder besserem Geschäft, sei es als Sonntags-Anzug. Kluge Eltern kaufen dafür nur das Beste. Meins

Anzüge für die jungen Herren sind durchweg eigene Konfektion und stehen in Bezug auf Güte und Preiswürdigkeit an erster Stelle

| | Oberweite 52-55 | 72-80 | | Oberweite 52-55 | 72-80 |
|-------------------|-----------------|-------------|--------------|-----------------|-------------|
| Satin-Kammgarn | halbw. M. | 13 M. 11 | Blau-Cheviot | reinwollen | M. 20 M. 18 |
| Aachener Kammgarn | M. | 17 M. 15 | Tuchkammgarn | schwarz | M. 28 M. 26 |
| Diagonal-Cheviot | schw. | M. 19 M. 18 | Tuchkammgarn | schwarz | M. 32 M. 30 |



Anfertigung nach Mass v. schicken Herren-Anzügen aus erprobten englischen u. deutschen Stoffen

Anfertigung nach Mass unter Leitung eines erstklassigen Zuschneiders durch bewährte Schneider

Gehrock-Anzüge für die „alten“ Herren M. 70.- 60.- 55.- 50.- 45.- 42.- 39.- 37.- 34.-

Gottlieb Weiss

Schöneberg, Haupt-Strasse 161 Ecke der Stubenrauch- und Kalcer - Friedrich - Strasse.

Herren-, Damen-, Kinderwäsche
eigenes Fabrikat.
Margarete Dietrich
Berlin O.,
Mirbachstr. 25,
Eingang Samariterstraße.

Sieben erschienen!
Die Städteordnung
für die sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie.
Erläutert von Paul Hirsch.
Preis gebunden 3 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Kottkes Drogerie Baumschulenweg.
empf. ihre Spezialitäten sowie famill. Artikel zur Krankenpflege.

Jugend-Liederbuch
Preis: kartoniert 20 Pfennig gebunden 30 Pfennig
Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.,
Lindenstraße 68 (Laden).

HERREN KLEIDUNG
KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.

Mit der Schulfrage beschäftigten sich folgende Schriften, die wir zur Anschaffung empfehlen:

P. Göhre, Schule, Kirche, Arbeiter
Ein Vortrag Preis 15 Pf.

Dr. M. Quarck, Kommunale Schulpolitik
Ein Führer durch die Gemeindefähigkeit auf dem Gebiete der Volksschule
Preis 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf.

Heinrich Schulz, Sozialdemokratie und Schule Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf.

Dr. R. Silberstein, Das Schulkind Preis 20 Pf.
Der Verfasser verfolgt im vorliegenden Fest die Entwicklung des Kindes während der Schulzeit.

Clara Zetkin, Die Schulfrage
Referat, gehalten auf der dritten Frauenkonferenz in Bremen Preis 15 Pf.
Ein temperamentvoller Vortrag, in dem namentlich auf die Stellung der Frau zur Schulfrage Bezug genommen wird.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW., Lindenstr. 68 (Laden)

Kronleuchter-Fabrik
Andreasstr. 38. — Telephon VII 719.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Teilzahlung gestattet.
Alte Kronen werden in Zahlung genommen.
Hängebrenner komplett 3,25 Mk.
3flamige Gaskronen von 15 Mk. an.
Zugampeln von 10 Mk. an.
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. Rabatt.